18. Dienstag den 22. Januar 1861. 18.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 22. Jan. Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruhet, am 17. d. Mittags dem Hofmarschall und Kammerherrn Sr. Durchlaucht des Landgrafen zu Hessen, von Titzenhofer, eine Privat-Audienz zu ertheilen, um aus dessen Händen ein Beileids- und Beglückwünschungsschreiben seines Souveräns entgegenzunehmen.

Demnächst empfingen Seine Majestät in besonderen Privat-Audienzen den Senator Dr. Curtius aus Lübeck, den Bürgermeister Duckwitz aus Bremen und den Syndikus Dr. Merck aus Hamburg, und geruhten aus deren Händen Beileids- und Beglückwünschungsschreiben der Senate der genannten freien Städte entgegenzunehmen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem kommandirenden General des VII. Armee-Korps, General-Lieutenant Herwarth von Bittenfeld, und dem Kommandeur der 4. Division, General-Lieutenant von Dankbahr, den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub, so wie dem Abtheilungs-Chef im Kriegs-Ministerium, Major von Pritzelwitz, und dem Inspektor des Königlichen Instituts für Glasmalerei, Hauptmann a. D. Baron von Uslar-Gleichen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, ferner dem praktischen Arzte rc. Dr. Hollstein zu Berlin den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen; endlich dem Legations-Sekretär Uebel die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs beider Sicilien Majestät ihm verliehenen Ritter-Kreuzes des Konstantinischen St. Georg-Ordens, dem Banquier Friedrich Gelpcke senior zu Berlin zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen Königliche Hoheit ihm verliehenen Ritter-Kreuzes erster Klasse des Haus-Ordens vom weißen Falken, und dem Rentner Friedrich Reinhold zu Düsseldorf zur Anlegung des von des Herzogs von Nassau Hoheit ihm verliehenen Ritter-Kreuzes vom Verdienst-Orden Adolphs von Nassau zu ertheilen.

Die bisherigen Privatdozenten Dr. J. Jacobson und Dr. J. J. H. Spirgatis zu Königsberg i. Pr. sind zu außerordentlichen Professoren resp. in der medizinischen und philosophischen Fakultät der Königlichen Universität daselbst, der praktische Arzt rc. Dr. Chrzesciński zu Gniewkowo ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Inowraclaw ernannt, und die Beförderung des ordentlichen Lehrers Wilhelm Fischer an dem Gymnasium zu Kempen zum Oberlehrer und die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Uebert als ordentlicher Lehrer an dieser Anstalt sind genehmigt worden.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist gestern nach Dresden abgereist.

Abgereist: Se. Exzellenz der General der Infanterie und kommandirende General des 1. Armeekorps, von Werder, nach Wien; Se. Exz. der General der Kavallerie und kommandirende General des 5. Armeekorps, Graf von Waldersee, nach Stockholm; Se. Exz. der General-Lieutenant und Kommandeur der 4. Division, von Dankbahr, nach Bromberg; Se. Exz. der General-Lieutenant und General-Adjutant Sr. Maj. des Königs, von Willisen, nach Paris; Se. Exz. der General-Lieutenant und kommandirende General des 7. Armeekorps, Herwarth von Bittenfeld, nach Münster; Se. Exz. der General-Lieutenant, General-Adjutant Sr. Maj. des Königs und Gouverneur der Bundesfestung Luxemburg, von Brauchitsch, nach dem Haag; Se. Exz. der General-Lieutenant und Kommandeur der 1. Division, von Steinmetz, nach Königsberg i. Pr.; Se. Exz. der General-Lieutenant und Kommandeur der 16. Division, von Arnim, nach Trier; Se. Exz. der General-Lieutenant und Kommandeur der 15. Division, von Kleist, nach Breslau; Se. Exz. der General-Lieutenant und Kommandeur der 5. Division, Vogel- von Falkenstein, nach Stuttgart; Se. Exz. der General-Lieutenant und Kommandeur der 8. Division, von Rudolphi, nach Kassel; Se. Exz. der General-Lieutenant und Inspekteur der Besatzung der Bundesfestungen Mainz und Rastatt, Herwarth von Bittenfeld, nach Mainz; der General-Major von Bialcke, mit der Führung der 3. Division beauftragt, nach Stettin; der General-Major und Kommandeur der 8. Infanterie-Brigade, von Weltzien, nach Bromberg; der General-Major und Kommandeur der 3. Infanterie-Brigade, von der Trenck, nach Danzig; der General-Major und Kommandeur der 21. Infanterie-Brigade, von Walther und Croneck, nach Breslau; der General-Major und Kommandeur der 3. Kavallerie-Brigade, Baron von der Goltz, nach Stettin; der General-Major und Kommandeur der 5. Infanterie-Brigade, von Seelhorst, nach Stettin.

Telegramme der Posener Zeitung.

Pesth, Montag 21. Januar. Der „Lloyd“ meldet 27 Ernennungen von Septemviraltafel-Mitgliedern und daß eine Kundmachung des Gabriel Pronahs als Wahlpräses in Betreff der Deputirtenwahlen erschienen sei Die Einschreibung der Wahlberechtigten soll vom 11. bis 25. Februar nach den Bestimmungen vom Jahre 1848 stattfinden.

London, Montag 21. Januar Nachmitt. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 8. d. waren einige Militärverstärkungen nach dem Süden gesandt worden. Die Bevölkerung von Charleston hatte ein Schiff mit Truppen an Bord an der Landung gewaltsam gehindert. Nach weiteren Nachrichten wird Sevard unter Lincoln's Präsidentur Premier sein. — Berichte aus Mexiko melden, daß Miramon vollständig geschlagen worden sei und daß die Liberalen die Hauptstadt genommen haben.

(Eingeg. 22. Januar 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 21. Januar. [Gerüchte von einem Bündniß zwischen Preußen, Oestreich und Rußland; Europa und der deutsch-dänische Streit; die syrische Okkupation.] Ein zuerst in süddeutschen Blättern angeschlagenes Gerücht, daß ein Bündniß zwischen Preußen, Oestreich und Rußland als Ergebniß des Warschauer Kongresses nachträglich zu Stande gebracht worden sei, hallt jetzt von allen Seiten wieder und spielt seit einiger Zeit namentlich in Pariser Korrespondenzen eine große Rolle. Hier schüttelt man zu dem Gerede ungläubig den Kopf. Alle Welt begreift, daß in der gegenwärtigen Weltlage eine Wiedererweckung der heiligen Allianz unter den früheren Bedingungen einfach eine Unmöglichkeit ist. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, daß der Zwang der Nothwendigkeit die ehemaligen Bundesgenossen vorübergehend wieder zu einer gemeinsamen Aktion zusammenführen könnte. In der That ist ihr Interesse nach zwei Richtungen hin ein gemeinsames: sie würden sowohl gegen die aus dem Nationalitätsschwindel entspringende Revolution, als gegen die übergreifende Anmaßung Frankreichs mit vereinten Kräften einzustehen haben. Daß Preußen in letzterer Beziehung seine Pflichten klar erkannt hat, darüber kann man schon seit den Tagen von Baden-Baden und von Teplitz nicht mehr in Zweifel sein. Das Bedürfniß eines Widerstandes gegen aufständische Bewegungen mag vorzugsweise Oestreich und Rußland genähert haben. Denn man will jetzt hier sichere Anzeichen haben, daß der Groll Kaiser Alexanders gegen den Wiener Hof wesentlich nachgelassen hat. Damit würde aber zusammenhängen, daß der Einfluß des Fürsten Gortschakoff und somit der Stern der russisch-französischen Allianz im Untergehen begriffen sei. Dies sind die politischen Konstellationen des Augenblicks, welche man aber noch nicht als gleichbedeutend mit einem preußisch-östreichisch-russischen Bündniß betrachten darf. — Unsere Regierung läßt sich durch die ungeberdigen Ausfälle der englischen Blätter nicht irre machen und dringt auf eine „gebührende Lösung“ der schleswig-holsteinschen Frage. Die Polemik der „Times“ in dieser Angelegenheit verdient gar keine Beachtung, denn das Blatt ist notorisch von dänischem Gelde gedungen. Die übrigen Londoner Blätter irren entweder aus eigenem Unverstand, oder sie werden von der Regierung benutzt, um etwas Sand auszustreuen. Denn man weiß hier, daß Lord John Russell noch immer seine Bemühungen fortsetzt, um eine Versöhnung auf Grundlage dänischer Zugeständnisse zu bewerkstelligen. Die anderen Großmächte scheinen dieses Verfahren zu unterstützen. — Von mehreren Seiten wird gemeldet, daß in Betreff der syrischen Okkupation eine Verständigung erzielt ist. Man wird wahrscheinlich ein längeres Verweilen der französischen Truppen, aber keine Verstärkung derselben gestatten.

☾ Berlin, 21. Januar. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Die Königin Elisabeth verweilt noch immer im Schlosse Sanssouci, da es ihr schwer fällt, den Lieblingsaufenthaltsort ihres hochseligen Gemahls zu verlassen. Dazu kommt auch noch das unbeständige Wetter; gestern war es milde und der Schnee schmolz, heute war es wieder kalt und Nachmittags stellte sich abermals ein gewaltiger Schneefall ein, der namentlich unsern Bahndirektionen viel Sorge machte. Auch die Väter der Stadt sehen sauer darein, weil die Entfernung der Schnee- und Eismassen aus den Straßen große Kosten verursacht. — Die Großherzogin-Wittwe und ihre Tochter, die Herzogin Karoline von Mecklenburg-Strelitz haben heute Vormittag Schloß Sanssouci verlassen und sind mit Extrapost nach Neustrelitz zurückgereist. In der Begleitung der Großherzogin befand sich ihre Schwester, die Prinzessin Luise von Hessen, welche von Hannover hier eingetroffen war. Heute machten die Prinzen Friedrich Karl und Adalbert und der Fürst Maximilian zu Thurn und Taxis dort Besuche. — Heute Vormittag arbeitete der König mit den Geheimräthen Illaire und Costenoble und konferirte alsdann mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz. Unter den Personen, denen die Ehre des Empfanges zu Theil wurde, befanden sich einige Landtagsmitglieder und der frühere Leibarzt der verstorbenen Kaiserin-Wittwe von Rußland, Dr. Carrell, der vor einigen Tagen aus Petersburg angekommen. Während der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin heute Vormittag im Exerzierhause des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments den Exerzitien der Mannschaften beiwohnte, machten die badischen Herrschaften den Mitgliedern der königlichen Familie ihre Abschiedsbesuche. Nachmittags 5 Uhr war beim König Diner. Nach Aufhebung der Tafel verabschiedeten sich der Großherzog und die Frau Großherzogin von Baden und traten auf der Anhalter Bahn die Rückreise nach Karlsruhe an. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hat seinen Aufenthalt verlängert und will erst am Mittwoch abreisen. Der Prinz Albrecht ist heute Morgen nach seiner Villa Albrechtsberg bei Dresden abgereist und wird daselbst einen längern Aufenthalt nehmen.

Der sardinische Gesandte hat dem Minister v. Schleinitz die bevorstehende Ankunft eines Sendboten des Königs Victor Emanuel angezeigt. Der General Lamarmora wird bereits morgen hier erwartet; in seiner Begleitung befinden sich der Ordonnanz-Offizier des Königs, Artillerieoberst, Conte Robillant, der Oberstlieutenant Bareola und der Conte Valperga di Masino. — Der Minister v. Schleinitz hatte heute längere Besprechungen mit den Gesandten Frankreichs, Schwedens und der Türkei und empfing darauf den ehemaligen Vize-Admiral Schröder, der sich seit einigen Tagen hier aufhält. Morgen giebt der Minister dem bisherigen englischen Gesandten, Lord Bloomfield, ein Abschiedsdiner, zu dem auch die übrigen Gesandten Einladungen erhalten haben. Heute Abend ist bei dem englischen Legationssekretär, Lowther, Theegesellschaft. Der Minister v. Schleinitz ist verhindert, der Einladung zu folgen, weil er, wie ich höre, der Sitzung der Adreßkommission im Abgeordnetenhause beiwohnen will. — Heute Vormittag wurde der Konsul Wagner unter sehr großer Theilnahme begraben. Der Handelsminister v. d. Heydt wohnte mit vielen Notabilitäten der Kunst- und Handelswelt der Leichenfeierlichkeit bei. Morgen wird der Obertribunalsrath Liel begraben, der ein ungeheures Vermögen hinterlassen hat, und am Mittwoch erfolgt die Bestattung des am Sonnabend verstorbenen Ingenieur-Majors a. D. Blesson, der gleichfalls ein bedeutendes Vermögen, große Häuser rc. besessen hat. Major Blesson war eine bekannte Persönlichkeit; im Freimaurer-Orden nahm er eine hohe Stelle ein; im Jahre 1848 führte er auch eine Zeitlang das Kommando der Bürgerwehr. Die Leichenfeier wird sehr großartig sein, da sich die Freimaurer in Masse betheiligen. — Alle fremdherrlichen Militärs, die nach Berlin kommen, besuchen auch die Militär-Zentral-Turnanstalt, deren Leistungen ihren ganzen Beifall haben. Auch die Großherzöge von Baden und Mecklenburg-Schwerin verweilten in diesen Tagen wiederholt in der Anstalt.

— [Das Krönungs- und Ordensfest] wurde am Sonntag auf dem Königlichen Schlosse hierselbst begangen, beschränkte sich jedoch in Folge Allerhöchsten Befehls, auf eine religiöse Feier. Die zu derselben eingeladenen Ordensritter und Inhaber von Ehrenzeichen versammelten sich Vormittags um 11½ Uhr in der Schloßkapelle. Sobald Se. Majestät der König und Ihre Majestät die Königin, Ihre Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin und die übrigen Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses, so wie die zur Zeit hier anwesenden hohen Fürstlichen Personen in die Kapelle eingetreten waren, begann der Gottesdienst mit dem Gesang des 18. Psalms. Der Hof- und Domprediger Dr. Snethlage hielt unter Assistenz der übrigen Hof- und Domprediger die Liturgie und die der Feier des Tages gewidmete Predigt. Hierauf wurde das Tedeum angestimmt und nach Beendigung desselben die Versammlung mit dem Segen entlassen. (St.A.)

— [Die Stellung Englands zur schleswig-holsteinschen Angelegenheit.] Das neueste Heft der „Grenzboten“ enthält einige bemerkenswerthe Mittheilungen über das letzte Auftreten Englands in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Es wird darin ausgeführt, daß die Haltung Lord Russells der preußischen Regierung gegenüber, namentlich in seiner Depesche vom 8. Dezember, minder unfreundlich gewesen sei, als gewisse unvollständige Mittheilungen in der „Frankf. Postztg.“ und einigen offiziösen Berliner Korrespondenzen hätten annehmen lassen. Ueber den Sachverhalt wird in Beziehung auf jene Depesche folgendes Nähere berichtet: „Der englische Gesandte in Kopenhagen, Herr Paget, sendet eine Denkschrift über die schleswig-holsteinische Angelegenheit nach London. Er hat es bequem gefunden, von der Bereitwilligkeit der dänischen Staatsmänner, ihm das Material zu liefern, Gebrauch zu machen. Das Memorandum trägt die Farbe seines Ursprungs und erregt daher in den deutschgesinnten Kreisen, in denen es bekannt wird, gerechte Mißstimmung. Nicht viel angenehmer war der Eindruck, den das Schriftstück im foreign office hervorbrachte. (?) Lord John Russell fühlte sich veranlaßt, einen Schritt zu thun, um die [illegible] des Mißgriffs zu beseitigen, seine Ansicht außer Zweifel zu stellen und in Berlin zu der wünschenswerthen Verständigung die Hand zu bieten. Er schreibt an dem nämlichen Tage (in der ersten Hälfte des Dezember) zwei Depeschen gleichen Inhalts; die eine, kürzer und bestimmter, an den bequemen Verfasser der Denkschrift nach Kopenhagen, die andere an den Stellverter des (abwesenden) britischen Gesandten in Berlin, Herrn Lowther.“ Die Depesche Lord Russells an Herrn Paget in Kopenhagen lautete:

„Auswärtiges Amt, 8. Dez. 1860. Mein Herr. Angeschlossen übersende ich Ihnen die Abschriften einer Depesche des Frhrn. v. Schleinitz an den Grafen Bernstorff und der Antwort, die ich in einer Depesche an Hrn. Lowther darauf gegeben habe. Sie wollen beachten, daß ich in dieser Depesche die Verbindlichkeiten bezeichnet habe, die nach der Ansicht der Regierung Ihrer Majestät der Königin der König von Dänemark zu erfüllen in Ehren verpflichtet ist (bound by honour). Ich habe gesagt: „er ist verpflichtet, Schleswig nicht in Dänemark zu inkorporiren, die schleswigschen Repräsentationsstände aufrecht zu halten, sowie die deutsche und die dänische Nationalität im Herzogthum Schleswig zu beschützen“ Was auch der juristische Werth der gegen Oestreich und Preußen eingegangenen Verpflichtungen sein mag, so ist die Regierung I. M. doch nicht zweifelhaft, daß der König von Dänemark in Ehren verpflichtet ist, diese Bedingungen zu erfüllen. Er hat sie öffentlich proklamirt, er hat sie nicht nur seinen Unterthanen, sondern auch den Vertretern fremder Mächte bekannt gemacht, ihre Erfüllung ist nicht weniger sein Interesse, als seine Pflicht. Seine deutschen Unterthanen sollen empfinden, daß sie unter seiner Herrschaft in Rechtsgleichheit mit ihren dänischen Mitbürgern stehen. Sie würden dann zugleich das Gefühl einer loyalen Anhänglichkeit an die dänische Monarchie und des aufrichtigen Wunsches, sie unvermindert zu erhalten, besitzen. Wenn aber im Gegensatz dazu die Erziehung ihrer Kinder in den öffentlichen Schulen, und ihr Gottesdienst ihnen durch vexatorische Anordnungen abgeschnitten wird, wenn die Regierung von dem Wunsche beseelt erscheint, die Nationalität ihrer Unterthanen deutscher Geburt zu unterdrücken, dann können nur unselige Folgen eintreten. Sollte der deutsche Bundestag dazu schreiten, seine Beschlüsse vom letzten März mit Gewalt durchzuführen, so wird sicherlich das benachbarte Herzogthum Schleswig der Schauplatz der Agitation, vielleicht von Unruhen und Aufstand werden. Dann würde sich dem König von Dänemark der Werth solcher Zugeständnisse an die Schleswiger fühlbar machen, die in ihren Augen ihn über jeden Verdacht eines Wortbruchs und über die Beschuldigung erheben möchten, einen intelligenten und betriebsamen Theil seiner Unterthanen in eine gehässige untergeordnete Stellung gebracht zu haben. Lesen Sie diese Depesche in Verbindung mit der an Herrn Lowther gerichteten dem Herrn Hall vor und lassen Sie ihm Abschrift. J. Russell.“

Die gleichzeitig nach Berlin an Herrn Lowther gerichtete Depesche wird leider nicht vollständig mitgetheilt, sondern es werden nur die Aeußerungen Lord Russells über die völkerrechtlichen Verpflichtungen Dänemarks Deutschland gegenüber wiedergegeben. Sie lauten:

„Werfen wir zunächst einen Blick auf die Form und dann auf den Inhalt der gedachten Versprechungen. Ihrer Form nach sind dieselben vom König von Dänemark zuerst an seine Unterthanen gerichtet. Indessen die östreichische Depesche vom 26. Dezember 1851 und die Antwort des dänischen Ministers des Auswärtigen in Verbindung mit der fast gleichzeitigen Proklamation des Königs von Dänemark gehen darauf hinaus, diesen Versprechungen die Wirkung, wenn auch nicht die genaue Form, einer juristischen Verpflichtung zu geben. Der östreichische Minister setzt den Inhalt des Programms des Königs von Dänemark auseinander, verlangt in Betreff der bindenden Form eine auf Befehl Sr. Maj. des Königs abgegebene Erklärung und schließt mit dem freiwilligen Erbieten unter dieser Bedingung das Mandat, welches Oestreich und Preußen von dem deutschen Bunde erhalten hatten, niederzulegen und die Räumung Holsteins zu bewirken. Am 29. Januar 1852 gab der dänische Minister des Auswärtigen „in Folge der mir allerhöchsten Orts ertheilten Ermächtigung die Erklärung, daß der König, unser Herr, die in dem Erlasse des kaiserlichen Hofs zu Wien vom 26. Dezember v. J. und der Anlage dazu rc. niedergelegte Auffassung der den Höfen von Berlin und Wien kundgegebenen höchsten Absichten als mit den Seinigen übereinstimmend anerkannt.“ Was den Inhalt dieser Versprechungen anbetrifft, so verspricht 1) der König von Dänemark, daß weder eine Inkorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich stattfinden, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollen; 2) die Proklamation

vom 28. Januar 1852 verspricht eine konstitutionelle Entwickelung der schleswigschen Stände und daß das zu diesem Zweck zu gebende Gesetz die nöthige Fürsorge für die Gleichberechtigung und den wirksamen Schutz der dänischen und deutschen Nationalität des gedachten Herzogthums treffen soll. Nach der Ansicht der Regierung Ihrer Majestät der Königin kann darüber kein Zweifel obwalten, daß diese Versprechungen eine Verbindlichkeit herstellen, die Se. Maj. der König von Dänemark zu erfüllen in Ehren verpflichtet ist (bound by honour). Er ist verpflichtet, Schleswig nicht in Dänemark zu inkorporiren, die schleswigschen repräsentativen Stände aufrecht zu halten, so wie die deutsche und die dänische Nationalität im Herzogthum Schleswig zu beschützen. Indeß geben diese Versprechen weder der Form noch dem Inhalt nach, wie die Regierung Ihrer Majestät der Königin meint, Oestreich und Preußen oder dem deutschen Bunde ein Recht, sich in alle Einzelheiten der Verwaltung des dänischen Herzogthums Schleswig einzumischen. Wenn Schleswig in Dänemark inkorporirt würde, wenn Schleswig seiner getrennten Verfassung beraubt würde, so könnte Deutschland ein Recht der Einmischung in Anspruch nehmen. Wenn dagegen das Reglement für jede einzelne Kirche und jede einzelne Schule in Schleswig der Gegenstand der Einmischung des deutschen Bundes würde, so würden die Hoheitsrechte des Königs von Dänemark nur dem Namen nach existiren. Die Regierung Ihrer Majestät wird ihrerseits stets den Einfluß, den sie am dänischen Hofe besitzen möchte, dazu benutzen, den deutschen Einwohnern Schleswigs Schutz zu verschaffen."

In den Mittheilungen der „Grenzboten" wird weiter darauf hingewiesen, daß die Vorstellungen Lord Russells Dänemark offenbar zu den bekannten Erlassen in den Sprachfragen veranlaßt hätten, die freilich nur sehr ungenügend seien. Dagegen scheine die nach Berlin gerichtete Depesche, nach den offiziösen Aeußerungen zu schließen, nicht den in London beabsichtigten guten Eindruck gemacht zu haben. Die Haltung Englands ist nach unserer Ansicht ziemlich begreiflich. Es will vor Allem jeder neuen europäischen Verwickelung im gegenwärtigen Augenblick vorbeugen, und Angesichts der in Holstein bevorstehenden Bundesexekution drückte es gleichzeitig auf Dänemark und Preußen. In Kopenhagen ließ man sich zu ein paar mageren Konzessionen herbei, die in der Sache selbst nichts ändern. Was die nach Berlin gerichtete Depesche betrifft, so kann man immerhin zugeben, daß die Anerkennung der englischen Regierung, der König von Dänemark habe Deutschland gegenüber gewisse Ehrenverpflichtungen auch in Beziehung auf Schleswig, nicht ohne Werth ist. Nur kommt die ganze Angelegenheit nicht vom Fleck, wenn Deutschland zwar „im Prinzip" die Gleichberechtigung der Nationalitäten in Schleswig beanspruchen, dagegen sich um die thatsächliche Handhabung dieses Grundsatzes in Kirche und Schule nicht bekümmern darf. Es kann also nicht befremden, wenn die Abmahnungen des englischen Kabinets, da sie keine positive Handhabe zur Ausgleichung des Streites boten, bei der preußischen Regierung nicht gerade eine besonders günstige Stätte gefunden haben. Daß der englische Gesandte in Kopenhagen so wenig im Sinne seiner Regierung handle, ist wohl eine etwas gewagte Annahme. Es ist natürlich zu erwarten, daß nicht bloß England, sondern auch andere Mächte solche Vermittelungsbestrebungen fortsetzen, und die Gefahr ist vielleicht größer als jede andere, daß sie zuletzt zu einem Abschlusse führen, der zwar das Band zwischen Holstein und Dänemark einigermaßen lockern mag, dafür aber Schleswig in allen wesentlichen Beziehungen preisgiebt. Ob die neue Bundesintervention zu besseren Ergebnissen führen wird, müssen wir abwarten, man wird zugestehen, daß die bisherige Behandlung der Sache nicht zu sehr sanguinischen Erwartungen berechtigt. Selbst in diesem Augenblicke steht die Schläfrigkeit, mit welcher man in Frankfurt nach dem Ablauf weiterer 9 Wochen eventuell eine erste That in Aussicht stellt, in seltsamem Gegensatze zu der Rührigkeit, mit der man in Kopenhagen bereits die Gegenanstalten betreibt.

— [Die Maaßregeln gegen den Nationalverein.] Bemerkenswerth ist noch zur Aufklärung über den hessen-darmstädtischen Antrag wegen des Nationalvereins eine Mittheilung der „D. A. Z.", die Folgendes angiebt:

„Diese Gewaltmaaßregeln sind der Ausdruck der Würzburger Politik und man muß daher die großherzoglich hessische Regierung als das Opfer ihrer Verbündeten betrachten. Es war zur Zeit der großen Fürstenzusammenkunft in Baden, wo die Regenten von Sachsen, Bayern, Württemberg, Hannover, Hessen-Darmstadt und Nassau sich zu einer Besprechung vereinigten und zu dem einstimmigen Beschluß kamen, den damaligen Prinz-Regenten von Preußen zu bitten, sich ihren Bemühungen anzuschließen: gemeinschaftliche Maaßregeln gegen den Nationalverein zu treffen und dies durch einen Bundesbeschluß zu bekräftigen. Der König von Württemberg übernahm es, im Namen der genannten Fürsten diesen Wunsch dem Prinz-Regenten auszusprechen und zwar geschah dies als Antwort auf die bekannte patriotische Ansprache, welche der Prinz-Regent im Schlosse zu Baden an die sämmtlichen dort versammelten Fürsten richtete. Er antwortete dem König: daß dieser Wunsch wohl nur auf geschäftlichem Wege zu prüfen sei und ihm daher ein näheres Eingehen darauf an diesem Orte nicht thunlich erscheine. Seit dieser Zeit wurden nun von den obengenannten Regierungen wiederholte, aber vergebliche Versuche gemacht, die preußische Regierung zu einem Einschreiten gegen den Nationalverein zu bewegen. Ihr vergebliches Bemühen verband sie aber nur um so inniger und sie verpflichteten sich untereinander, dem Nationalverein gemeinsame Schranken zu setzen. Dieses Bündniß scheint jedoch bald sein Jugendfeuer eingebüßt zu haben, denn diejenigen Regierungen, welche den ersten Anstoß zu den Verfolgungsmaaßregeln gegeben hatten, Sachsen, Bayern, Württemberg, fanden es doch angemessener, den Nationalverein nicht zum entschiedenen Gegner zu stempeln. Nur die großherzoglich hessische Regierung erfüllte ihr in Baden gegebenes Versprechen und focht mit Feuer und Schwert für die Interessen des Würzburger Sonderbundes; sie verdient also eigentlich nicht nur das Lob, sondern auch die Unterstützung der engeren Bundesgenossen, von denen sie sobald schon im Stiche gelassen wurde. Der hessische Antrag müßte somit eigentlich von den Regierungen von Sachsen, Bayern, Württemberg, Hannover, Nassau, Meiningen, Altenburg, Kassel, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz sehr freudig begrüßt werden, denn er ist ja ihr gemeinsames Werk, das sie schon vor der Badener Zusammenkunft vorbereitet hatten. Wird aber der Antrag in der Bundesversammlung nicht angenommen, so hat dann wenigstens die großherzoglich hessische Regierung einen genügenden Grund, von ihren bisherigen Maaßregeln gegen den Nationalverein wieder abzugehen, und indem sie sich auf diesem ungewöhnlichen Wege hilft, werden die übrigen Verbündeten bloßgestellt."

— [Eine militärische Ansicht über den gegenwärtigen Kampf auf dem neapolitanischen Festlande.] In militärischen Kreisen tritt bei der Verfolgung der kriegerischen Ereignisse der Gegenwart wiederum die Beobachtung in den Vordergrund, daß das ausreichende Vorhandensein fester Plätze bei inneren wie äußeren Kriegen von entscheidender Bedeutung bleibt. Das siegreiche Vordringen der Alliirten von 1814 gegen Paris ließ in der Wissenschaft der Strategie die Meinung aufkommen, daß Festungen, namentlich die zweiten Ranges, großen Feldarmeen gegenüber bei Eroberung eines Landes nur von untergeordneter Bedeutung seien. Jedoch, wie überhaupt in sehr vieler Hinsicht, so lassen sich auch hier die Erfahrungen der Kämpfe gegen den von seinem Glück verlassenen Napoleoniden nicht auf andere Zeiten anwenden. Durch den Besitz von Gaëta ist Franz II. noch immer König in seinem Reiche, und nach den Ansichten kompetenter Militärs ist diese Festung ein zweites Gibraltar. Bei fernerer Unterstützung der französischen Flotte uneinnehmbar, wird sie auch ohne dieselbe so lange sich halten, als der Muth der Vertheidiger und die vorhandenen Vorräthe ausreichen. Die Vertheidigung von 1806 hatte zwar nur 3 Monate gedauert, indeß der Abschluß war eine ehrenvolle Kapitulation, nachdem der tapfere Kommandant, Prinz Ludwig von Philippsthal, schwer verwundet worden war. Im Jahre 1815 wurde die Festung von den Oestreichern und Engländern auch 3 Monate belagert, obwohl sie damals nur eintausend Mann Besatzung hatte. Neben Gaëta und Messina taucht nun auch die Veste Civitella del Tronto in dem gegenwärtigem Kampfe als ein Platz auf, wo noch unbesiegt die bourbonische Fahne weht. Hätte sich die Bevölkerung der Provinzen Abruzzo citeriore und Abruzzo ulteriore freudig der piemontesischen Herrschaft unterworfen, so wäre allerdings der Nichtbesitz dieser Veste für Victor Emanuel ohne Bedeutung geblieben; wie gegenwärtig aber in den Thälern der neapolitanischen Abruzzen die Verhältnisse stehen, kann Civitella del Tronto noch für Franz II. sehr nützlich werden. Diese kleine Festung liegt dicht an der Grenze der Legation Ancona und beherrscht die einzige Straße, welche zwischen den Abruzzen und dem Adriatischen Meere aus dem Römischen in das Königreich Neapel führt. Piemontesische Berichte melden die vorzügliche Verproviantirung dieses Platzes, welche eine regelmäßige Belegerung nothwendig mache, da selbst schwere Positionsgeschütze ohne die Anlegung von regelmäßigen Parallelen den Granitmauern bis jetzt noch keinen bemerkenswerthen Schaden zugefügt haben. Die Piemontesen waren also bisher nicht im Stande, die Verbindung der Festung mit den Gebirgsbanden zu verhindern, und augenscheinlich ist der Anmarsch weiterer piemontesischer Streitkräfte, abgesehen von deren anderweitiger nöthiger Verwendung, nach dieser von ihren Heerstraßen abgelegenen, schwer zugänglichen Gegend in einer kaum überwindbaren Weise erschwert. Dagegen führt die große und einzige Straße, welche im Süden jener Veste die Abruzzen durchschneidet, direkt nach Tivoli und Rom Dieser Umstand ist wohl zu beachten; denn augenscheinlich wird jetzt in Rom in thätigster Weise für Franz II. gewirkt und dürfte die bereits von den Zeitungen gebrachte Nachricht, daß neuerdings wieder für die päpstliche Armee fremde Truppen angeworben werden und überhaupt eine Verstärkung dieser Armee in Aussicht stände, wohl begründet sein und mit jener eben geschilderten Position der Bourbonen im Zusammenhange stehen. Sollte es möglich werden, letztere von Rom aus zu verstärken, um allmälig eine Armee zu bilden, so würde ein weiteres offensives Vorgehen nach anderen neapolitanischen Provinzen die natürliche Folge sein; bei der ungünstigen Stimmung der Neapolitaner gegen die piemontesischen Truppen und Beamten dürfte die Lage Victor Emanuel's im Königreich Neapel dadurch von Monat zu Monat prekärer werden. Es scheint, daß Kaiser Napoleon, dessen Absicht, die italienische Einheit zu verhindern, wohl über jeden Zweifel erhaben ist, gerade so lange seine Flotte vor Gaëta gelassen hat, als es nothwendig war, den Widerstand Franz II. bis zu dem oben angedeuteten Grade erstarken zu lassen. Daß Gaëta nach dem Abrücken der französischen Flotte kapituliren könnte, würden weder Napoleon noch diejenigen erwarten, welche eine Stärkung der neapolitanischen Reaktion jetzt beobachten. (Br. Z.)

Oestreich. Wien, 20. Jan. [Tagesnotizen.] Der zweite durch die hiesige preußische Gesandtschaft für den verstorbenen König von Preußen Friedrich Wilhelm IV. veranstalte Trauergottesdienst hat am Samstag Mittags 11 Uhr in der lutherischen Kirche stattgefunden. Dem Requiem, welches am Donnerstage in der reformirten Kirche aus diesem Anlasse abgehalten wurde, haben nebst dem Personale der preußischen Gesandtschaft und dem diplomatischen Korps die Minister und der Oberhofmeister FZM. Fürst Liechtenstein beigewohnt. — Die ungarischen Studenten werden hier am 12. Februar einen Ball haben. Folgende Bedingungen sind gestellt: 1) der Rakoczymarsch darf nicht gespielt werden; 2) das Szozat darf nicht gesungen werden; 3) es ist untersagt, ungarische Kokarden zu tragen. — Wie der „Sürgöny" mittheilt, ist der Beschluß des Liptauer Komitats wegen Errichtung und Bewaffnung der Nationalgarde, dem Vernehmen nach, von der königlich ungarischen Hofkanzlei annullirt worden. — In Pesth kam es am 15. d. bei Gelegenheit des im Nationaltheater abgehaltenen Maskenballes zu einer ziemlich lebhaften Demonstration, indem, wie „M. Sajto" berichtet, das gedrängt volle Haus zuerst den Rakoczy-, Kossuth-, Klapka-Marsch und dann den „Szozat" stürmisch verlangte. Nachdem die Musikkapelle diese Piecen beendete, verlangte das zahlreich anwesende Publikum die Marseillaise und dann den Napoleonmarsch. Der betreffende Kapellmeister, der auf das Schreien zuerst nicht zu achten schien, wurde förmlich bombardirt, bis er als Ursache des Nichtspielens die Unkenntniß der letzteren Piece angab. — Der Bahnhof in Venedig wird in ausgedehntem Maaße befestigt. — Mehrere Kriegsschiffe der k. k. Marine, die außer Dienst waren, werden zur Bemannung, die im Frühjahr erfolgt, eingerichtet. — Die hiesigen Schwertfeger haben, wie die „Autogr. Korr." meldet, nicht unbedeutende Bestellungen zur Lieferung von Säbeln nach Ungarn erhalten und sind namhafte Sendungen solcher Waffen schon dahin abgegangen. — Die polnischen freiwilligen Ulanen, welche in der Umgegend von Krems stationirt sind, werden dem Vernehmen nach in den allernächsten Tagen nach Siebenbürgen dislozirt. — Im Vinschgau liegen heuer so ungeheure Schneemassen, wie sie seit 1836 nicht gesehen worden. Sie bilden eine gewaltige Schanze am Wormser Joch, das bei einem gewöhnlichen Zerfließen des Schnees kaum im Juni gangbar werden dürfte. (Das Wormser Joch bildet bekanntlich einen Grenzpunkt zwischen der nunmehr piemontesischen Lombardei und Tirol.)

— [Spaltungen in der Adelspartei.] Fünfundsechzig Grundbesitzer Niederöstreichs haben vor einigen Tagen hier eine Versammlung abgehalten, sich über ein liberales politisches Programm geeinigt und sich vom Keipp'schen „Vaterland" losgesagt. Die „Ostd. Post" bemerkt hierüber: „Die praktische Bedeutung dieser Versammlung ist offenbar mehr eine demonstrative als eine unmittelbar thatsächliche. Ein Theil der Minorität im Staate, deren verjährte Ansprüche die Gesetzgebung ohnehin nicht mehr berücksichtigen kann, sagt sich von dem überspannten Theil dieser Minorität öffentlich los. Er will nicht mit ihm konfundirt werden, er will die Gehässigkeit, welche die politischen Theorien einiger überspannten Köpfe und das Treiben ihrer plumpen Satelliten gegen den gesammten Adel heraufbeschwören, beseitigen. Er will darthun, daß einzelne Individuen nicht den ganzen Stand repräsentiren und daß die Majorität des Adels (in Niederöstreich wenigstens) den Ideen der Zeit nicht finster den Rücken kehrt und die Gleichberechtigung in der staatlichen Gesellschaft nicht bloß in der Praxis, sondern auch in der Theorie anerkennt. Wir nehmen Akt hiervon."

— [Ein Schreiben Szemere's.] Die „Pesth-Ofener Zeitung" entnimmt einem Briefe Szemere's folgende, den wesentlichen Ideengang des Schreibens charakterisirende Stellen: „Nach der Publikation des Oktoberpatentes, welches Ungarn drei Viertel seiner Rechte thatsächlich, prinzipiell fast alle, wiedergab, rieth ich meinen Landsleuten, dasselbe als Ausgangspunkt anzunehmen, da sie das Uebrige, ohne an eine zweifelhafte Revolution zu appelliren, sicher durch einen parlamentarischen Kampf erringen könnten. Andere mit Kossuth an der Spitze drängten zu einer unbedingten Ablehnung, indem sie in Ungarn den Glauben an eine französisch-italienisch-ungarisch-walachische Allianz verbreiteten, die sie für unzweifelhaft halten, während sie in meinen Augen unmöglich ist. Eine Erhebung Ungarns wäre ohne Zweifel für Italien ein Glück; aber für uns? wäre sie eine wahrhaft ungarische Politik? Das ist die Frage, die Ungarn sich vor allen Dingen beantworten muß. Man kennt die Expedition der mit Waffen befrachteten sardinischen Schiffe, von denen die türkische Regierung drei, die walachische zwei mit Beschlag belegt hat; man kennt die Note, welche die russische Regierung nach diesem Ereignisse an den Grafen Cavour gerichtet hat und worin sie feierlich erklärt, Rußland werde sofort gegen jede in Ungarn ausbrechende Bewegung marschiren lassen; man kennt endlich die Antwort Lord Russell's, welche besagt, daß er auch nicht das allermindeste gegen diese Note einzuwenden habe. Dahin hat uns die bloße Phantasie-Politik geführt. Ja, ich bin sogar überzeugt, daß ein freies und konstitutionelles Ungarn den legitimen Interessen Italiens mehr Nutzen bringen wird, als ein revolutionäres."

Pesth, 18. Jan. [Das Wahlgesetz; Forderungen für die Presse.] Ein Pesther Blatt versichert, die an die amtlichen Blätter herabgelangte Publikation des Wahlgesetzes sei sistirt, indem es noch in zwölfter Stunde gelungen sei, die Regierung von dem allgemeinen Widerstande zu überzeugen, den eine jede Oktroyirung, sei sie auch noch so zahmer Natur, in Ungarn finden werde. — Wie den „N. N." geschrieben wird, bereitet sich ein neuer nicht minder wichtiger Konflikt mit der Regierung vor. Es handelt sich um die rechtliche Stellung der Presse in Ungarn. Die Redakteure und Verleger der periodischen Journale wollen endlich erfahren, wem sie angehören, nach welchen gesetzlichen Vorschriften sie behandelt werden. Das Erste, wogegen ein Schritt geschehen soll, ist der Stempel. Es existirt kein ungarisches Gesetz, wodurch derselbe gerechtfertigt würde; man wird deshalb die neuen gesetzlichen Behörden, nachdem die Blätter ungestempelt ausgegeben worden, um Schutz gegen ein etwa beliebtes fiskalisches Vorgehen Seitens der Finanzbehörden auffordern und alle möglichen Rechtsverwahrungen gegen den Zeitungs- und Annonzenstempel erheben. Ferner verlangt man, daß die ungesetzliche Journaleinsendung an die Polizeibehörde sofort eingestellt und dieser Behörde die Möglichkeit genommen werde, irgend ein Journal zurückzubehalten, da nach ungarischen Rechtsbegriffen und Gesetzen dies nicht gesetzmäßig erscheint.

Udine, 12. Jan. [Demonstrationen; strenger Winter.] Die Hauptstadt der Provinz Friaul hat seit längerer Zeit den begründeten Ruf, die demonstrationslustigste, annexionswüthigste zu sein, wohl verstanden, so lange dies in aller Gemüthlichkeit geschehen kann und nicht zu befürchten ist, daß das die Stadt majestätisch überragende, mit Kanonen und Raketen-Batterien wohl versehene Kastell donnernde Einsprache erhebe. Trikolore Fahnen, so oft schon aufgepflanzt und ohne weitern Lärm entfernt, sind abgebraucht; Aufforderungen zur Abstimmung für den Anschluß an das glückliche Reich Victor Emanuels schienen wenig Anziehungskraft zu üben; es muß etwas Anderes versucht werden. Das große Argument des Tages, die einzige Frage, die Alle beschäftigt, die der Banknoten, bot die willkommene Gelegenheit dar. Und dies Mal ließ man sich es gar etwas kosten. Statt Proklamationen und ähnlichen Dingen klebte man an die Mauern östreichische Banknoten, eine Demonstration, die nach genauer Berechnung gerade fünfzig Gulden werth war, denn so viel wurden doch an den verschiedenen Straßenecken verwendet. Uebrigens bemerken wir, daß die Italiener schon jetzt in Berücksichtigung des hohen Agiostandes die Banknoten fleißig aufkaufen, um die später fälligen Raten der Grundsteuer zur Hälfte und endlich ganz, wie gestattet ist, im verachteten östreichischen Papier zu bezahlen und so 50 Prozent zu gewinnen; auch nicht ermangeln, Tabak, Salz, Stempel- und Briefmarken in Papier zu kaufen und in jeder Hinsicht echten Spekulationsgeist zu entwickeln. Unrecht ist es wenigstens, ein Papiergeld zum Gegenstande der Demonstration und so unfläthiger zu machen, dessen Einführung Allen, die nicht dem Staate dienen, den größten Nutzen gewährt und nur den Beamten und deren Familien mehr als billige Opfer auflegt, worüber nur eine mißbilligende Stimme unter allen so hart Betroffenen und mehr als Entmuthigten zu hören ist. — Der Schneefall ist in der ganzen Provinz ein ausgiebiger, die Kälte anhaltend und heftig. (Ostd. P.)

Sachsen. Leipzig, 20. Jan. [Schulverordnung.] In Folge der scharfen Kälte, die auf offenen Plätzen an den letzten Morgen 18—20 Grad betrug, hat der Stadrath verordnet, daß die Schulen vor der Hand nicht um 8, sondern um 9 den Frühunterricht beginnen sollen.

Baden. Karlsruhe, 20. Jan. [Kirchliche Uebergriffe.] Die offizielle „Karlsr. Ztg." reproduzirt an der Spitze ihres Blattes folgende Stelle aus einem Artikel des „Schwäb. Merk." über die Exkommunikation, die jüngst in Lahr über vier achtbare katholische Bürger ausgesprochen wurde (s. Nr. 13): „Zur Rechtfertigung eines solchen Verfahrens beruft man sich kirchlicher Seits auf Vorschriften des römisch-kanonischen Rechts, ob und wie weit mit Grund oder nicht, kann an sich gleichgültig sein. Der hier entscheidende Hauptpunkt ist, daß jenes fremde Recht bei uns in Baden nur insofern Geltung hat und haben kann, als es mit der Verfassung und den Gesetzen des Landes nicht im Widerspruch steht. Denn sonst könnte man durch solche Berufung auch jenes mit der Ordnung eines Staats niemals in Einklang zu bringende Verfahren rechtfertigen wollen, nach welchem öffentliche Diener und Beamte des Staates, ehrliche und redliche Männer, ohne Weiteres mit dem Bann belegt wurden, bloß deshalb, weil sie ihre dem Landesfürsten geschworne Treue und ihre Dienstpflicht nicht zu Gunsten ultramontaner Parteibestrebungen verletzen wollten, noch konnten."

Mannheim, 20. Jan. [Nationalverein.] Am Mittwoch fand hier eine von 200 Personen besuchte Versammlung des Nationalvereins statt, welcher auch die Geh. Räthe Welcker und Moll beiwohnten. Ersterer wurde bei seinem Eintritt auf das Freudigste begrüßt. Den Anlaß zu dieser Versammlung bot der Hessen-Darmstädtische Antrag beim Bunde, in Betreff dessen auf den Vorschlag des Vorsitzenden, Dr. Ladenburg, die Einreichung einer Gegeneingabe bei der Bundesversammlung beschlossen wurde. Welcker erklärte sich, dem „Pf. K." zufolge, mit dem gestellten Antrage und dessen Fassung, die er als eine sehr bescheidene und gemessene bezeichnete, vollkommen einverstanden. Er wies nach, daß die Bundesversammlung selbst solche Gesetze, wie der

hessische Antrag sie anrufe, 1848 verworfen habe, er betonte, daß die Fürsten selbst feierlich das zugesagt haben, was das Volk, was der Nationalverein jetzt anstreben, daß man gegenwärtig in einem Zustande der Revolution sich befinde, deren Weitergreifen zu verhüten gerade jetzt die Aufgabe des deutschen Volkes sei, damit dieses geachteter dastehe unter den Nationen, und brachte schließlich auf das nach Einigkeit und sohin nach dem ihm gebührenden Ansehen strebende deutsche Volk ein mit Begeisterung erwidertes Hoch.

Holstein. Kiel, 17. Jan. [Die Bundesexekution.] Die Expektorationen einiger deutschen Preßorgane betreffend die eventuelle Bundesexekution und die gegenwärtige Lage unserer Landesangelegenheit überhaupt haben hier das gerechteste Erstaunen aller Freunde unserer guten Sache, um nicht zu sagen den gerechtesten Unwillen erregt. Was soll man dazu sagen, wenn Blätter, die sich früher ein Geschäft daraus gemacht, den nationalen Gegensatz und die Erbitterung zwischen den in den Elbherzogthümern in Betracht kommenden Nationalitäten aufs Höchste zu steigern, wenn solche Organe nun, da einmal Ernst gemacht werden soll oder doch wenigstens gemacht werden könnte, zum schmählichsten Rückzug blasen! Wir befürworten gewiß nicht, diese ernsteste Angelegenheit unseres Landes übers Knie zu brechen, wir haben auch nicht das Vertrauen, daß eine etwaige Bundesexekution in Holstein die Sache mit einem Schlage zu Ende bringen wird; aber nach jahrelangem Rathen und Berathen ist es doch endlich einmal an der Zeit, wenigstens den Anfang zur That zu machen. Es dürfte daher dringend geboten sein, zu konstatiren, daß die kleinmüthigen Rückzugssignale, die man jetzt von gewisser Seite her vernehmen muß, wenigstens nicht im Sinne des Landes und des Volkes sind, um dessen theuerste Rechte seit Jahren vergebens gekämpft worden ist. (Pr. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 18. Jan. [Die „Times“ über die deutsch-dänische Streitfrage.] Der „Times“ beliebt es wieder einmal ihr Müthchen an den Deutschen in den Elbherzogthümern zu kühlen. Sie holt weit aus, indem sie bis auf die Heldenzeit der Skandinavier zurückgeht. Diese seien zwar im Mittelalter die „Geißel aller Meere und die Verwüster aller Küsten, die Gründer von Königreichen im Süden und Norden“ u. s. w. gewesen, jetzt aber hätten sie leider mit den natürlichen Hindernissen ihrer geographischen Lage und ihres rauhen Klima's zu kämpfen, und da obendrein England zweimal im Laufe dieses Jahrhunderts, von eiserner Nothwendigkeit getrieben, dem Volke und der Krone Dänemarks nur zu gerechten Grund zur Klage gegeben, sei es um so mehr verpflichtet, gerecht und großmüthig gegen eine Race zu sein, deren Blut in den englischen Adern rinnt, und deren Sprache und Institutionen so wesentlich zur Modifikation der englischen Sprache und Institutionen gedient hätten.“ Nach diesem Exordium verweist sie auf „eine Zuschrift von der Hand eines „Dänen“, die sich auf einer anderen Spalte ihres Blattes befinde und die eine „sehr klare und leidenschaftslose“ Darstellung der deutsch-dänischen Differenz enthalte. Selbst der dänische Einsender aber geht nicht so weit in seiner Willkür wie die „Times“, die in ihrem auf die Zuschrift gegründeten Artikel bald Lauenburg ausläßt, bald einrechnet, einmal Holstein und Schleswig mit demselben Maaße mißt, ein andermal aber wieder Schleswig als altdänische Provinz behandelt. Die „Times“ kann sich die „Ungerechtigkeit“ der Deutschen nur aus einer „starken nationalen Antipathie gegen Skandinavien“ erklären. Diese Antipathie zeige sich selbst in der Literatur! Jener „grenzenlose Fleiß und Forschungstrieb, durch welchen Deutschland über jeden anderen Gegenstand des menschlichen Wissen so viel Licht verbreitet“, sei der Geschichte und den Alterthümern Skandinaviens vorenthalten oder nur in sehr dürftigem Maaße zugekommen!! (Die „Times“ spricht da wieder einmal, wie so oft in Bezug auf deutsche Zustände, wie der Blinde von der Farbe. D. Red.) Das „gründliche Deutschland“ habe sich begnügt, seinen Enthusiasmus an Gedichte und Sagen zu verschwenden!!! Nach einer Reihe von weiteren Ausfällen gegen Deutschland und die deutsche Politik rückt die „Times“ am Schluß erst mit ihrer eigentlichen Tendenz hervor; diese ist keine andere, als: Einmischung der anderen Mächte in den deutsch-dänischen Konflikt unter dem Deckmantel des Prinzips der Nichtintervention. In den Augen der „Times“, welche in Neapel und Sicilien die Piemontesen nicht als Fremde betrachtet, sind die Deutschen dagegen Fremdlinge in Holstein und sollen sich um das Schicksal dieses Landes nicht kümmern. „Die Times“ kann schließlich nicht begreifen, warum der deutsche Bund für eine Sache eintreten wolle, bei der weder „politischer Vortheil“, noch „nationaler Ruhm“ zu gewinnen sei. Die Sache des guten Rechtes zu schützen, mag freilich demjenigen als kein „nationaler Ruhm“ erscheinen, der überall nur den „politischen Vortheil“ zu seinem ersten Augenmerk zu machen gewohnt ist.

— [Tagesnotizen.] Prinz Alfred hat am 16. d. in Plymouth seine Seereise an Bord des „St. George“ angetreten. — Die bekannte Krankenpflegerin Miß Nightingale liegt seit einiger Zeit schwer erkrankt darnieder. — Die Regierung will, wie verlautet, am Schlusse des laufenden Verwaltungsjahres namhafte Reduktionen im Heerwesen eintreten lassen und ihre Voranschläge danach abfassen. Die Einzelheiten dieser Maaßregel sind noch nicht bekannt, doch ist es wahrscheinlich, daß die Depotsbataillone, die sehr kostspielig sind, reduzirt werden, da bereits bei den indischen Depots der Anfang gemacht ist, indem dieselben auf die Hälfte reduzirt worden sind. — Das Thauwetter hält an und läßt hoffen, daß dem namenlosen Elende der vielen unbeschäftigten Arbeiter eine Grenze gesteckt sei. Was in den letzten Wochen an wohlthätigen Beiträgen zusammengeflossen ist, übersteigt alle Berechnung, und vorgestern erst veranstalteten die Mitglieder der Fondsbörse unter sich eine Sammlung, die 1000 Pfd. St. ergab. Aber auch die Noth war außergewöhnlich, wie sich aus den Berichten und Aufrufen der Armenanstalten ergiebt. Dabei ist nur ein einziger Fall von gesetzwidriger Ruhestörung bekannt, wo nämlich ein Haufe brotloser Arbeiter in einen Bäckerladen brach und vierzig Laibe Brot raubte. Das war in einem der östlichen Quartiere der Stadt. — Die Angabe der „Patrie“, daß die Besatzungen von Korfu und Malta verdoppelt worden seien, und daß die englische Regierung daselbst eine Miliz organisiren wolle, wird von der „Morning Post“ entschieden in Abrede gestellt. Die Garnison Malta's habe, wie bisher, 6 und Korfu, wie bisher, 4 Bataillone zur Besatzung.

Frankreich.

□ Paris, 19. Jan. [Die Abberufung der Flotte von Gaëta; Unklarheit der Situation; Thauwetter; aus der haute volée.] Die Mittheilung des „Moniteur“ vom 17. bezüglich des Verweilens der Flotte vor Gaëta wird Ihnen der Telegraph bereits mitgetheilt haben (s. Nr. 15). Es ist dies das dritte Mal, daß das amtliche Blatt von der Belagerung dieser Festung spricht, und der Inhalt der Auseinandersetzung, warum der Kaiser Napoleon die französischen Schiffe dort gelassen, warum er sie jetzt heimkehren läßt, hat nicht verfehlt, die allgemeine Aufmerksamkeit des Publikums auf sich zu ziehen. Der Gedankengang ist einfach folgender: Die Schiffe sind in Gaëta geblieben, um dem König Franz II. einen Beweis der Theilnahme des Kaisers bei seinem Unglück zu geben; die Gegenwart derselben ist indessen eine Unterstützung für die Belagerten gewesen; um daher dem Prinzip der Nichtintervention treu zu bleiben, ertheilte der Kaiser den Befehl, die Flotte abzuberufen. Wunderbarerweise bleibt in diesem Artikel unberührt, daß das Einschreiten des Admirals le Barbier de Tinan, um das Bombardement der Festung von der Seeseite zu verhindern, eine entschiedene Verletzung der Neutralität war. Hier findet man, daß die Unklarheit, die sich in der Politik des französischen Kabinets hinsichtlich Italiens überhaupt geltend macht, einen würdigen Ausdruck im „Moniteur“ gefunden hat. Auf einen Nebenumstand macht man mich dabei aufmerksam, aus dem sorgfältige Beobachter allerlei Schlüsse ziehen wollen. Es ist dies der Titel „Sicilianische Majestät“, mit welchem in dem erwähnten Artikel Franz II. bezeichnet wird. Man will daraus abnehmen, daß Napoleon keineswegs dagegen sei, dem entthronten König von Neapel die eine Hälfte seines Reiches wiederzugeben, vorausgesetzt, daß die andere einem andern Prinzen seiner Wahl übergeben werde. Sie sehen, der Gedanke, aus Italien einen Föderativstaat zu machen, ist auch im Publikum noch nicht ganz geschwunden; daß der Kaiser selbst entschieden noch an ihm festhält, habe ich schon mehrfach hervorgehoben. Die Situation selbst ist augenblicklich unklarer wie je, und ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, keine Regierung weiß im Augenblick mit vollständiger Klarheit, welche Politik sie auf konsequente Weise durchführen, und am wenigsten ist, glaube ich, das französische Gouvernement sich bewußt, was die Zukunft bringen wird. Das Ziel, nach dem sie in Verbindung mit dem Grafen Cavour hinstrebt, ist, die Revolutionäre von einem Vorgehen abzuhalten, damit Oestreich selbst zu einem entscheidenden Schritt gezwungen werde. Die Notifikation der Abberufung der französischen Flotte von Gaëta ist bekanntlich allen Mächten zugegangen; man versichert mir, daß indessen in der Form dem Petersburger Kabinet gegenüber eine Aenderung bemerkbar gewesen sei, indem das betreffende Schreiben u. A. gesagt habe: der Kaiser entfernt seine Schiffe, um die Nichtintervention aufrecht, und jede andere Macht davon abzuhalten, irgendwie gegen dies Prinzip zu handeln. Man schenkt hier übrigens den Versicherungen östreichischer Zeitungen, daß eine russische Flotte die französische ersetzen solle, keinen Glauben. Ebenso entschieden hegt man die Ueberzeugung, daß morgen Abend das Feuer der Piemontesen gegen Gaëta wieder beginnen werde (s. das Telegr. in unsr. gestr. Ztg. D. Red.).

Vorgestern hat die Kälte hier nachgelassen, und seit gestern befindet sich Paris in dem unerfreulichen Zustande, den starkes Thauwetter namentlich hier hervorzurufen pflegt. Seit Anfang dieses Monats, also fast 3 Wochen, ist das Thermometer an keinem Tage über den Gefrierpunkt gestiegen; die Noth unter den ärmeren Klassen ist groß, und die Popularität des Kaisers wird dort, wo sie ohnehin am festesten wurzelt, durch sein freigebiges Geschenk (s. gestr. Ztg.) noch wachsen. Der „Moniteur“ erwartet natürlich von diesem hohen Beispiele die schönsten Folgen. Eine andere Zeitung erzählt mit vieler Rührung einen andern Zug des Kaisers. Als derselbe vorgestern auf dem See im Boulogner Holze seine Gemahlin Stuhlschlitten fuhr, begegnete ihm ein andrer Schlitten, auf welchem eine Dame mit einem Kinde saß. Der Kaiser geruhte darauf, einen Tausch vorzunehmen, und die Unbekannte auf dem Eise spazieren zu fahren; was aus seiner Eugenie geworden, darüber schweigt die Geschichte. — In der großen Welt macht eine Entführung viel von sich reden. Madame de D. C. hat Paris verlassen, und zwar nicht allein. Es ist dies seit zwei Monaten der dritte Fall dieser Art, und man könnte daraus den Schluß ziehen, daß Liebende Mittel kennen, um den Telegraphen ungefährlich zu machen; oder sind die betreffenden Gatten so philosophisch in unserm positiven Zeitalter, daß sie nicht einmal die Hülfe des Drahtes in Anspruch nehmen, um wieder in den Besitz ihrer Hälfte zu kommen? In diesem Fall könnte man es fast annehmen, denn die Liebe der Frau von D. C. war mit großen Ausgaben verbunden, danach wenigstens zu urtheilen, daß sie — ein Faktum, für das ich garantire — für drei Monate eine Schuhmacherrechnung von 1500 Fr. zu bezahlen hatte.

— [Tagesnotizen.] Durch kaiserliches Dekret vom 16. d. Mts. ist der durch Art. 7 des Gesetzes vom 27. März 1817 bestimmte höchste Satz von 40 Frs., über den hinaus die in Frankreich eingeführten Waaren nach dem Nettogewicht zu verzollen sind, auf 10 Frs. per 100 Kilogrammes ermäßigt worden. — Der sardinische Konsul in Algier scheint sich nicht gut mit Marschall Pelissier vertragen zu können. In Folge mehrerer heftiger Diskussionen, die er mit dem neuen Generalgouverneur hatte, erhielt er von seiner Regierung den Befehl, seinen Posten zu verlassen. Die Sache wurde jedoch durch Erklärungen, welche von hier aus nach Turin gelangten, wieder rückgängig gemacht. — Im Lager von Chalons sollen dieses Frühjahr nicht weniger als 200,000 (?) Mann zur Abhaltung großartiger Kriegsmanöver vereinigt werden. Die Kaisergarde studirt so eben die Vertheidigung von Paris gegen eine mehr oder weniger unmögliche Insurrektion in Paris. Der Park von Vincennes wird in ganz kolossaler Weise ausgedehnt. Die Kriegsadministration nimmt nächsten Monat von den hierzu bestimmten und schon vor längerer Zeit angekauften Grundstücken Besitz. — Madame Patterson, die amerikanische Wittwe des Prinzen Jerome, ist hier angekommen und im Hotel du Louvre abgestiegen. Die auf den 25. Januar anberaumte Verhandlung über ihr und ihres Sohnes Begehren erregt jetzt schon ungemeine Sensation. Es ist als Gegenstück zu der Denkschrift Berryers eine Sammlung von Dokumenten erschienen, welche geeignet sind, die Gültigkeit der in Amerika abgeschlossenen Ehe des Prinzen Jerome zu entkräften. — Viele Schiffe und Dampfpacketboote haben auf ihren Fahrten von und nach England zwischen Belgien und Frankreich Schutz suchen müssen in belgischen Häfen wegen der ungeheuren Masse von Treibeis in der Nordsee.

— [Frankreichs Stellung zum deutsch-dänischen Streit; Anregung der polnischen Frage.] Die deutschen Verhältnisse lenken mit jedem Tage mehr die Beachtung auf sich. Die Verwickelungen, die sich zwischen dem deutschen Bunde und Dänemark vorbereiten und bereits nahe daran sind, zu einem Konflikte zu führen, müssen selbstverständlich auf die Frage führen, welche Stellung Frankreich für den Fall eines Krieges an der Elbe und der Eider einnehmen werde. Wie ich erfahre, haben Oestreich und Preußen durch ihre Gesandten völlige Klarheit über ihre Absichten und Zielpunkte geben lassen. In einem vom Grafen Pourtalès Hrn. Thouvenel übergebenen Memoire sind die Verhältnisse, welche den Ansprüchen des Bundes an Dänemark zum Grunde liegen, aus rechtlichen und politischen Gesichtspunkten in einer so überzeugenden Weise dargelegt worden, daß für jede an diesem Streite unbetheiligte Macht keine Veranlassung vorliegt, sich in denselben zu mischen. Nicht nur der Minister, sondern der Kaiser selbst hat den Vertretern der beiden deutschen Mächte in dieser Weise die Anschauung der franz. Regierung ausgesprochen. Preußen speziell hat bestimmte Versicherungen gegeben, es werde Nichts unterlassen, um eine friedliche Ausgleichung noch in letzter Stunde offen zu halten und im äußersten Falle seinerseits Alles verhüten, was den Kampf über die Grenzen einer ausschließlich nach den Grundgesetzen des Bundes zu schlichtenden Fehde hinausführen könnte. In Kreisen, in welchen ich einer unbefangenen Betrachtung politischer Fragen zu begegnen gewohnt bin, wird demnach die Besorgniß in keiner Weise getheilt, daß der deutsch-dänische Streit zu einer europäischen Verwicklung führen könnte. Dagegen fehlt es nicht an Agitationen und Intriguen, die darauf berechnet sind, der Angelegenheit größere Dimensionen und den Charakter einer europäischen Frage zu geben. Vornämlich ist es die revolutionäre Emigration und der Anhang und Patronat, den sie im Palais Royal hat, die, das verbrauchte Schlagwort von Rhein und Po travestirend, den Gedanken einer Solidarität von Eider und Weichsel zu propagiren und der Vorstellung näher zu führen bestrebt ist. Der Plonplonismus, der seine Träume vom Königreich Italien hat fahren lassen müssen, träumt jetzt von einem polnischen Thron, und auch die ungarische Krone scheint ihm nicht so hoch zu hängen, daß der Sturm der Ereignisse sie nicht auf sein Haupt herabschütteln könnte. Der Prinz, der sich einer so großen, freilich nur physiognomischen Aehnlichkeit mit Napoleon I. erfreut, wird allerdings auf Ungarn und Polen ebenso verzichten müssen, wie er auf Italien zu verzichten genöthigt gewesen ist; allein die Intrigue ist eine Macht, die, wenn sie freilich oft genug ihren eigenen Urheber verwundet, deshalb denen, gegen die sie gerichtet ist, nicht geringeres Unheil bereitet. Prinz Napoleon Jerome und seine Reverien werden verlacht, nichtsdestoweniger haben die Kräfte, die er in Bewegung setzt, schon mehr als einmal dem mächtigen Willen, der Frankreichs und Europa's Geschicke seit beinahe einem Jahrzehnt bestimmt, die Richtung vorgeschrieben. Zweierlei ist in dieser Beziehung thatsächlich: Der Kaiser Napoleon hat in Petersburg den Gedanken eines unter Rußlands Scepter zu vereinigenden Polenreichs angeregt, und Napoleon Jerome und seine Konspiratoren sind die Urheber dieses Planes. Es ist dies kein Geheimniß; die Vertrauten des Palais Royal (und man weiß, daß Diskretion die Tugend ist, die sie am wenigsten genirt) sprachen frank und frei von den Inspirationen, die von ihnen ausgehen, und von den Kanälen, durch die sie den Weg in die Tuilerien und in das Petersburger Kabinet zu finden wissen. (BHZ.)

— [Uebereinkommen der deutschen Großmächte in Betreff Italiens.] Diplomatische Nachrichten, die dieser Tage hier eingetroffen sind, lassen die französische Regierung immer mehr daran glauben, daß zwischen den beiden deutschen Großmächten bereits ein bestimmtes Uebereinkommen bezüglich eines neuen Krieges in Italien existirt. Man rechnet hier sogar fast mit Sicherheit darauf, daß diese Einigung der französischen Regierung nächstens in einer offiziellen Note angezeigt werden wird. Der bestimmende Punkt wäre der, daß wenn Frankreich sich nicht in den neuen Krieg zwischen Piemont und Oestreich mischt, Deutschland sich vollständig neutral verhalten, daß aber Frankreichs Intervention in Italien auch die Deutschlands zur Folge haben würde. Angesichts dieser Situation, an die man, sie mag nun reell sein oder nicht, im Augenblicke hier nun einmal glaubt, wird die Thronrede vom 4. Februar einen scharf einschneidenden Passus gegen Piemont enthalten. Man hält hier die Stimmung in Deutschland für eine so kriegerische, daß man auch weitere Gelegenheiten ergreifen wird, Deutschland über die Zukunft zu beruhigen. Im Ministerrathe ist übrigens die Anzahl der Gegner des Krieges entschieden größer als gelegentlich des ersten italienischen Feldzuges. (N. Z.)

— [Eine Broschüre über Venetien.] Vor ungefähr einer Woche erschien bei Dentu hier eine anonyme Flugschrift, betitelt: „Du rachat de la Vénétie. Réponse à la brochure l'Empereur François Joseph I. et l'Europe. Sie ist im Auftrage des Fürsten v. Metternich-Winneburg, des hiesigen kaiserlich östreichischen Botschafters, geschrieben worden. Folgendes ist im Wesentlichen der Inhalt desselben:

Noch vor zehn Jahren urtheilte England über die Angelegenheiten der Halbinsel ungleich verständiger, als es Lord John Russell in seiner berüchtigten Oktoberdepesche gethan. Weit entfernt, den Diktator Manin in seinem Vorhaben zu unterstützen, welches bekanntlich auf nichts weniger hinauslief, als Venedig von Oestreich gänzlich loszureißen, rieth ihm vielmehr Lord Palmerston in einem Briefe vom 20. Oktober 1849, sich mit der östreichischen Regierung lieber durch einen Vergleich auseinander zu setzen, und als der Diktator den englischen Konsul in Venedig, Clinton Dawkins, im Namen des Rechtes der Nationalitäten beschwor, die Sache der italienischen Unabhängigkeit zu unterstützen, erhielt er von demselben folgende sehr treffende Antwort: „Sie müssen wohl begreifen, daß meine Regierung dieses Recht nicht zulassen kann weder für Sie, noch für die Lombardei, weil sie, wenn sie es zuließe, damit ihre Unterthanen in Indien, den jonischen Inseln, in allen Kolonien und selbst in Irland zur Empörung ermächtigen würde.“ Wenn behauptet werde, Venedig mache eine fortwährende militärische Besatzung nöthig, so sei dies nur für Kriegszeiten wahr, während im Frieden diese Provinz einen ausgezeichneten Markt für die Rohprodukte und Fabrikate Deutschlands darbiete; 1848 habe man dies wohl erkannt: „eine Versammlung der reichsten Kaufleute von Wien habe die Wiener Regierung inständigst gebeten, die italienischen Provinzen niemals aufzugeben. Was die Fabrikanten Oestreichs und Böhmens betreffe, so versetze sie der Gedanke, den Markt des lombardisch-venetianischen Königreichs zu verlieren, in große Bestürzung“. Die gegenwärtige Lage Venedigs sei traurig, das könne man nicht in Abrede stellen, sie sei aber immer noch golden im Vergleich mit den Zuständen, welche man in den der britischen Herrschaft unterworfenen Gebieten anträfe. Eben so triftige Gründe ließen sich denen entgegenhalten, welche behaupten wollten, daß die geringe Einnahme, die Oestreich aus Venetien ziehe, nicht im Verhältniß zu den ungeheuren Kosten stehe, welches dieses Land verursache, und daß es daher Oestreichs eigener Vortheil sein würde, sich Venedigs zu entäußern. Hierauf ließe sich entgegnen, daß Indien den Engländern ebenfalls jährlich enorme Summen koste, daß das letzte Defizit sich für das Jahr 1859 allein auf 13,581,571 Pfd. St. belaufen habe und daß die britische Regierung trotz dieser horrenden Ausgaben und trotzdem, daß der Besitz jenes Landes die für England ganz besonders kostspielige Gegenwart eines stehenden Heeres von 300,000 M. nothwendig mache, dennoch weit eher an fernere Annexionen, als an ein Aufgeben des indischen Reiches denke. Selbst in Algier seien ähnliche Verhältnisse vorhanden; auch in dieser Provinz müsse man fortwährend das Heer auf dem Kriegsfuß erhalten und die Staatseinnahmen seien von einer naturgemäßen jährlichen Zunahme weit entfernt. Außerdem aber sei noch ein ganz anderer, äußerst wichtiger Punkt in Frage zu ziehen. Habe man oben angenommen, daß die von den Italienern gebotene Kaufsumme wirklich der Nationalbank würde zufließen können, so sei dies eine reine Fiktion gewesen. Von dem Tage an, wo Oestreich seine beste Schutzwaffe, das furchtbare Festungsviereck des Minciothales, den Italienern ausgeliefert haben würde, müsse es darauf denken, sich eine neue Vertheidigungslinie zu schaffen, ein um so dringenderes Bedürfniß für die Sicherheit des Kaiserstaates, je mächtiger Italien durch den Erwerb Venetiens werden würde. Habe doch Frankreich schon wegen der Vergrößerung Piemonts um die Herzogthümer für nöthig befunden gehabt, sich eine militärisch vortheilhafte Grenze zu verschaffen, und Oestreich wolle man zumuthen, seine Länder den Angriffen eines seitdem dreifach mächtig gewordenen Feindes wehrlos preis-

zugeben? Im Gegentheil dürfte es sich nicht einmal darauf beschränken, am Tagliamento ein neues Festungsviereck zu gründen. Auch Triest und die Küsten des Adriatischen Meeres würden befestigt werden müssen, und alle diese Vertheidigungswerke würden unzählige Millionen verschlingen. Endlich aber würde noch eine dritte Quelle ungeheurer Ausgaben entstehen. „Wenn Venedig jemals einer Regierung angehören sollte, welche Mazzini, Garibaldi und Türr unter die Freunde des Königs zählt; wenn die Küsten des Adriatischen Meeres Eigenthum eines Fürsten sein sollten, welcher Städte ohne Kriegserklärung bombardirt und offen Feldzüge von Abenteurern beschützt, würde dann die gewöhnlichste Vorsicht nicht erheischen, die östreichische Seemacht mit dem Ernst der Gefahren der Nachbarschaft in ein richtiges Verhältniß zu bringen?" Daß auf diese Weise die 600 Millionen, die man Oestreich anbiete, kaum hinreichen würden, die traurigen Folgen der Verschacherung Venedigs von Oestreich abzuwenden, dürfte nunmehr wohl Niemand zu bestreiten wagen.

Paris, 21. Jan. [Telegr.] Das Bülletin des heutigen „Moniteur" lehnt die Verantwortlichkeit der Regierung für die erschienenen Broschüren ab, die den katholischen Neigungen und der Achtung vor dem Papste entgegentreten; die Regierung des Kaisers habe jeder Zeit das Beispiel zur Achtung des Papstes gegeben.

Belgien.

Brüssel, 17. Jan. [Das Unterrichtsgesetz], durch welches vor mehreren Jahren unter der Dedecker'schen Verwaltung das höhere Lehrwesen in Belgien zu einem Eldorado der Faulenzerei herabgewürdigt wurde und welches damals mit größter Energie von der nunmehr zur Majorität gewordenen Minderheit, namentlich durch Herrn Frère, bekämpft ward, hat denn nun auch in dem Zeitraume weniger Jahre so trockene Früchte getragen, daß jene sogenannte Reform stückweise wieder vernichtet werden muß. Als erster Schritt dazu liegt der Kammer heute ein Gesetzentwurf auf Wiederherstellung des damals abgeschafften Abiturientenexamens vor. Die Debatte, nach ihren heutigen Anfängen zu urtheilen, wird langwierig werden, und auch dieses Mal tritt darin das Phänomen hervor, daß alle klerikalen Redner gegen diese Verbesserung sich auflehnen, welche ihre Vertheidiger nur auf den liberalen Bänken findet. Als ob der Unterricht eine Parteifrage wäre! (K. Z.)

Italien.

Turin, 17. Januar. [Die Wahlen.] Man schreibt der „K. Z." von hier: Die Opposition bemüht sich auf das Energischste, siegreich oder doch mit einer imposanten Majorität aus dem bevorstehenden Wahlkampfe hervorzugehen. Sie hat zu Beidem geringe Aussichten, selbst wenn Garibaldi zu dem von Cavour angebotenen Vergleiche seine Hand nicht bietet. In Piemont (Sardinien), in den Legationen, in Toscana, Parma und Modena ist die Regierung schon jetzt des vollständigen Sieges sicher. In Sicilien hofft sie gleichfalls ein günstiges Ergebniß, während sie über Neapel ganz im Unklaren ist. Es fehlt bisher noch an den nöthigen Elementen zu einer richtigen Beurtheilung. In der Lombardei, auf welche die Opposition am meisten zählt, hat diese doch nur in Mailand, in der Provinz Cremona und vielleicht in Brescia Hoffnung auf theilweisen Erfolg. Allem Anscheine nach wird die Opposition kaum mehr als hundert Mann stark werden. (Die heutige „Opinione" veröffentlicht die Programme mehrerer Wahlkandidaten, welche sich zu Gunsten des Ministeriums und gegen Garibaldi aussprechen. Unter denselben sind jene Boncompagni's und Audinot's die energischesten.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Wie die „Patrie" meldet, geht das 27. Regiment in Eilmärschen von Perugia nach Ascoli, das 21. von Spoleto eben dahin und das 9. Bersaglieribataillon mit einer halben Batterie von Chieti nach Teramo. Nach Unterdrückung des Aufstandes in Ascoli sollen diese Truppen sich gegen Civitella del Tronto wenden, das sich in den Händen der Bourbonischen befindet. Demselben Blatte zufolge sind auch nach Reggio und Catanzaro in Calabrien Verstärkungen von Genua aus abgegangen.

Ein in Neapel am 16. Jan. erlassenes Dekret ermächtigt die Finanzen von Zentralitalien, den Staatskassen der neapolitanischen Provinzen 10 Millionen L. anticip. zu entnehmen, um sofort mit den öffentlichen Arbeiten beginnen zu können.

Türkei.

Konstantinopel, 9. Jan. [Telegr. Notizen.] Die Pforte hat für die Vorgänge in Dscheddah an Frankreich und England Entschädigung gezahlt. — Oestreich hat von der Pforte die Verhaftung der in der Türkei umherziehenden ungarischen und sonstigen Emissäre verlangt. — General Klapka befindet sich in den Donaufürstenthümern.

Syrien. — [Vertheilung des französischen Okkupationskorps.] Man schreibt dem „Monde" aus Beyrut: Nachdem man vergebens die Drusen zu verfolgen suchte, welche die Armee Fuad Pascha's durchschlüpfen ließ, und das Land nach allen Seiten von den Expeditionskolonnen durchstreift worden war, beschränkte sich General Beaufort darauf, nur einige strategische Punkte zu besetzen, die zugleich als Winterquartier für unsere Soldaten dienen. Er behielt ungefähr 3000 Mann der besten Truppen im Lager bei Beyrut und vertheilte den Rest auf die verschiedenen Plätze. Mit dem Generalstab, der Intendantur, den Arbeiterkompagnien u. s. w. beträgt der Effektivstand unseres Okkupationskorps ungefähr 7—8000 Mann, 12—15,000 Pferde oder Maulthiere und 12 Kanonen. Es ist dies mehr als eine Brigade, und würden zur Kompletirung einer Division nur noch zwei Infanterie-Regimenter fehlen. Ausgenommen die beiden Kompagnien, welche nach Dschebail, acht Stunden nördlich von Beyrut, und nach Saida, sechs Stunden südlich von Beyrut, gesandt worden sind, befinden sich alle übrigen Detachements im Gebirge. Der Obergeneral hielt darauf, daß die Jäger und Zuaven sich in seiner Nähe befänden; es ist dies eine Ehre, worüber dieselben nichtsdestoweniger murren. Das Lager ist, ungeachtet es in der Nähe von Beyrut liegt, keines der behaglichsten. Viele unserer Liniensoldaten, welche direkt vom Lager von Chalons hierher kamen, konnten sich nicht eingewöhnen. Selbst unsere alten Soldaten aus Afrika litten unter der furchtbaren Hitze, um wie viel mehr also ihre Kameraden bei der Linie, welche zum ersten Mal ins Feld rückten. Eine sehr große Anzahl der Letzteren wurden krank und mußten die Gunst, welche man ihnen widerfahren ließ, direkt nach Syrien zu gehen, anstatt vorerst sich in Afrika zu versuchen, theuer bezahlen. Unsere Soldaten suchen in sehr friedlichen Spielen Zerstreuung und Erholung auf die Kriegsbeschwerden. Es wurde eine Theatertruppe organisirt, welche zu Gunsten der Armen eine große Vorstellung auf dem „à la Pointe des Blagueurs" genannten Theater gab. Der erste Platz kostete 5 Fr. und der zweite 2 Fr. Alle Notabilitäten Beyruts waren anwesend und der Saal überfüllt. Er ist allerdings nicht sehr geräumig, aber unsere Zuaven sind eben damit beschäftigt, ihn zu vergrößern.

— [Waisenhaus in Beyrut.] Am 24. Dez. wurde in Beyrut der Grundstein zu einem Waisenhause gelegt, welches zur Aufnahme von 500 Christenmädchen, deren Eltern bei den Metzeleien umkamen, bestimmt ist. Diese Waisen werden bis zum heirathsfähigen Alter in dieser Anstalt erzogen und unterrichtet.

— [Hinrichtungen.] Eine telegraphische Depesche aus Syrien (über Konstantinopel) meldet, daß Fuad Pascha in Deir-el-Kamar der Hinrichtung mehrerer Drusenhäuptlinge beigewohnt hat, welche bei den dortigen Christenmetzeleien besonders thätig gewesen waren. Am 10. Jan. war Fuad Pascha wieder in Beyrut, wo wiederum Hinrichtungen von Drusen stattfinden sollten. Die „Patrie" fügt diesen Nachrichten bei, daß, den von gewissen fremden Journalen gegebenen Nachrichten zuwider, das französische Expeditionskorps bei Abgang der letzten Nachrichten noch keine Anstalten traf, um Syrien zu verlassen.

Amerika.

Newyork, 3. Jan. [Die Trennung Süd-Karolina's von der Union.] Der „Newyork Herald" schreibt: Eben wird die Antwort bekannt, die der Präsident den Kommissarien des Südens ertheilt hat. Als einleitenden Schritt zu den Verhandlungen hatten sie den Abzug der Truppen aus den Forts im Hafen von Charleston gefordert. Der Präsident verweigerte dies aufs Entschiedenste, wiederholte ihnen, was er bereits in seiner letzten Botschaft betreffs alles Staatseigenthums gesagt hatte und bedeutete ihnen, daß er nicht allein die Zölle erheben und die Gesetze ausüben, sondern auch das Eigenthum der Vereinigten Staaten mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln vertheidigen werde. Er erkennt die Kommissarien gar nicht als offizielle Personen an, sondern antwortet ihnen bloß als angesehenen Bürgern des Südens. Gleichzeitig erging Befehl an den Kommandanten der eben in Norfolk befindlichen Fregatte „Brooklyn", dieselbe zum Auslaufen im Stand zu setzen. Die Kommissare des Südens waren über die Antwort des Präsidenten aufs Höchste bestürzt, telegraphirten sie sofort an die Ihrigen und drangen in Gouverneur Pickens (von Süd-Karolina), Alles auf den Kriegsfuß zu bringen und die bewaffnete Macht zusammenzuziehen. — Ferner wird gemeldet: Die Konvention von Süd-Karolina hat erklärt, daß die richterliche Gewalt der Vereinigten Staaten über den Einzelstaat aufgehört habe, daß die Machtbefugniß der zum Kongreß entsandten Vertreter auf eine Generalversammlung übertragen werde, und das Letztere nicht berechtigt sein solle, ohne Weisung der Konvention, über Steuer- und Zollauflagen, über Postwesen, Krieg, Friedensverträge, Bündnisse mit anderen Staaten, Bestimmungen über Hochverrath und Bürgerrechte, Beschlüsse zu fassen. Es waren für die Einzelstaaten des Südens besondere Kommissare ernannt worden, und hatte die Konvention ferner Schritte zur Bildung einer Konföderation des Südens anempfohlen, mit der Bemerkung, daß die bisherige Verfassung der Vereinigten Staaten sich füglich als eine Basis für eine provisorische Regierung verwenden lassen dürfte. Auch sonst wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt, zumal solche, die dahin abzielen, das Land in gehörigen Vertheidigungszustand zu setzen. Georgien ist, wie es heißt, ebenfalls zur sofortigen Losreißung geneigt. Die Forts Pulaski und Jackson nebst dem Arsenal von Savannah sind von Truppen des genannten Staats besetzt. Von Richmond meldet der Telegraph, daß Gouverneur Ellis von Nord-Karolina Truppen abgeschickt habe, um sich des Forts Macon in Beaufort, des Forts Wilmington und des Arsenals in Fayetteville zu bemächtigen. — Das Reuter'sche Büreau bringt Nachrichten aus Washington vom 4. d. Mts. Der Konvent Süd-Karolina's hatte auf das Vergehen, gegen den Staat Krieg zu führen, die Todesstrafe gesetzt (wird sich natürlich nur auf die dem Staate Süd-Karolina Angehörigen beziehen), so wie die bisher dem Bunde zustehende richterliche Gewalt den Gerichtshöfen und die gesetzgebende Gewalt der Staatsassemblee übertragen. Es war der Plan im Werke, die im Fort Sumpter liegenden Bundestruppen auszuhungern und sie auf Flößen anzugreifen. Außerdem war der Vorschlag gemacht worden, wenn sich ein Kutter der Vereinigten Staaten zum Zwecke der Zollerhebung im Hafen von Charleston blicken lassen söllte, denselben in Grund zu bohren. Die Forts von Savannah und Mobile waren von der dortigen Miliz genommen worden. Schließlich hatte man sich zu dem kühnen Plane verstiegen, Washington zu nehmen, um die Inauguration Lincoln's als Präsidenten zu verhindern.

— [Bevölkerungsstatistik.] Die Einwohnerzahl Newyorks ist vom Jahre 1850, also in 10 Jahren, von 515,547 auf 814,177 Seelen gestiegen; die von Philadelphia von 408,763 auf 568,034, die von Brooklyn von 127,618 auf 273,425, die von Baltimore von 119,054 auf 214,037. In demselben Verhältnisse steht die Vermehrung der Bevölkerung der bedeutendsten Städte der Union, von denen mehrere weit über die Hälfte an Einwohnern zugenommen haben; nur Charleston in Süd-Karolina ist von 42,985 auf 40,194 herabgekommmen.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 21. Jan. [5. Sitzung.] Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Abg. v. Berg das Wort zur Geschäftsordnung. Er habe äußerlich vernommen, daß die Adreßkommission die Oeffentlichkeit von ihren Sitzungen ausgeschlossen und das scheine ihm aus formellen Gründen bedenklich. Der Präsident des Hauses sei auch Präsident der Kommission, er habe das Recht und die Befugniß, die Geschäftsordnung zu interpretiren, wenn aber ein Mitglied Zweifel über die Richtigkeit einer solchen Interpretation erhebt, so müsse das Haus darüber abstimmen. So beantrage er denn, daß das Haus darüber beschließe, ob irgend eine Kommission des Hauses ohne vorherige Bestimmung des Plenums berechtigt sei, aus sich heraus über den Ausschluß der Oeffentlichkeit einen Beschluß zu fassen. — Der Präsident erklärt, daß diese Frage wiederholt zur Erörterung gekommen sei; bisher habe allerdings im Wesentlichen eine ungehinderte Theilnahme an den Sitzungen der Kommissionen von Nichtmitgliedern derselben stattgefunden, namentlich sei dies in der Petitionskommission der Fall gewesen, wo man jedem Abgeordneten, welcher eine Petition überreichte, das Wort gab. Die A: sschließung der Oeffentlichkeit sei eigentlich nur in der Budgetkommission vorgekommen, so oft es sich um Mittheilungen über die Lage des Staatsschatzes und des Seehandlungsinstitutes gehandelt habe. Hiervon abgesehen seien im Ganzen nur 3 Fälle zu konstatiren, wo die Zulässigkeit des Ausschlusses der öffentlichen Verhandlungen in Erwägung gezogen wurde. Zu Ende des Jahres 1859 habe die Kommission, welche die Bewilligung eines außerordentlichen Kredits zu berathen hatte, die Oeffentlichkeit ausgeschlossen; im vorigen Jahre habe die Militärkommission den Ausschluß abgelehnt. Zum dritten Male sei am vergangenen Freitag die Frage diskutirt und mit 15 gegen 4 Stimmen der Ausschluß der Oeffentlichkeit adoptirt worden. Zu dieser Majorität von 15 Stimmen haben auch die 3 Präsidenten der Hauses gehört. Die Geschaftsordnung sowohl wie die Verfassung bestimmen zwar, daß die Sitzungen des Plenums öffentlich sein sollen, von der Ausdehnung der Oeffentlichkeit auf die Sitzungen der Kommissionen ist aber überall nichts gesagt. Es wäre gut, wenn diese Frage, ohne Ueberweisung an die Geschäftskommission, sofort zur Entscheidung gebracht würde. — Abg. Osterrath äußert Bedenken gegen sofortige Beschlußnahme und trägt darauf an, daß das Haus für jetzt zur Tagesordnung übergehe. Diesem Antrage stimmt das Haus bei.

Nachdem der Präsident noch mitgetheilt, daß der Abgeordnete v. Bonin (Genthin) den Wunsch ausgedrückt habe, daß eine Beschlußnahme des Hauses herbeigeführt werde über die Frage, ob er durch seinen Wiedereintritt in den aktiven Dienst Sitz und Stimme im Hause verloren habe, und dieser Antrag der Geschäftskommission überwiesen worden ist, nimmt das Wort der Finanzminister Frhr. v. Patow: Durch Allerhöchste Ermächtigung vom 17. Jan. bin ich beauftragt, dem hohen Hause die Rechnungslage über den Staatshaushalt vom Jahre 1858 zur verfassungsmäßigen Behandlung zu übergeben und bitte ich, dieselbe der Budgetkommission zu überweisen. In Folge Allerhöchster Ermächtigung von demselben Tage überreiche ich dem hohen Hause ferner zwei Gesetzentwürfe, deren einer den Staatshaushalt pro 1861 betrifft und der andere die Forterhebung des Zuschlags von 25 Prozent zu der klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer, zur Mahl- und Schlachtsteuer enthält. (Zeichen der Mißbilligung im Hause.) Es bedarf in diesem Jahre bei Ueberreichung des Budgets mehr als in allen anderen Jahren einiger Vorbemerkungen, damit die Ziffern nicht etwa einen unrichtigen Eindruck hervorbringen. Nachdem der Regierung zur Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft des Heeres und zur Reorganisation der Armee von der Landesvertretung 9 Millionen bewilligt waren, hat die Regierung diejenigen Anordnungen getroffen, welche ihr nothwendig schienen, wenn sie nicht ihre Pflicht dem Lande gegenüber verabsäumen wollte. Eine dem Gesetz beigegebene Denkschrift enthält alle nur wünschenswerthen Erläuterungen, und die Regierung wird mit Bereitwilligkeit jeden Aufschluß über die Verwendung der 9 Millionen geben. Die Umgestaltung des Heeres ist seit dem 1. Oktober in ein Stadium getreten, welches weitere Veränderungen nicht erwarten läßt, und da hiermit die Gelegenheit gegeben war, den ganzen Militäretat in das diesjährige Budget aufzunehmen, so hat sie diesen Weg gewählt, anstatt wiederum den Etat nach dem früheren Zustande der Armee aufzustellen und demselben einen Nebenetat beizufügen. Es versteht sich ganz von selbst, daß der Landesvertretung diejenige Stellung gewahrt ist, welche sie einer Vorlage über eine extraordinäre Bewilligung gegenüber haben würde.

Die Ausgaben, exklusive für Hohenzollern, betragen: Ordinäre 132,940,000 Thlr., Extraordinäre 7,026,000 Thaler, in Summa 139,966,000 Thlr., also gegen 1860 mehr: 9,190,000 Thlr. Davon sind außer Ansatz zu bringen: Erhebungskosten für die vermehrten Einnahmen 557,000 Thlr. u. s. w. Für die Umgestaltung des Heeres im zweiten Semester dieses Jahres wird eine Summe von 3,100,000 Thlr. erforderlich sein; im 1. Semester werden darauf 3,510,000 Thlr. verwendet, es ist also die veranschlagte Summe von $6\frac{1}{2}$ Million nur um ein Unbedeutendes überschritten. Für die Verbesserung der Gehalte der Beamten sind wiederum 225,000 Thlr. ausgesetzt.

Die Einnahme pro 1860 ist veranschlagt auf 130,170,000 Thlr., die regelmäßig fortdauernde Steigerung beträgt 1,873,000 Thlr. Durch die disponiblen Ueberschüsse, die Zuschläge von 25 Prozent rc. erhöhen sich die Gesammteinnahmen auf 135,346,000 Thlr.; es entsteht also ein Defizit von 5,166,000 Thlr. Doch hat dasselbe durchaus nichts Beunruhigendes. Außer dem Zuschlage von 25 Prozent sind zur Deckung noch jene 2,400,000 Thlr. übrig, welche im vorigen Jahre reservirt worden sind, um etwaige Ausfälle zu decken. Sie sind vollständig disponibel und von dem ganzen Defizit bleibt nur noch die Summe von 206,000 Thlr., welche mit Leichtigkeit aus den Ueberschüssen des Budget von 1860 gedeckt werden dürften, so daß eine Schmälerung des Staatsschatzes nicht vorauszusehen ist. Es ist dies sicher als ein sehr günstiges Resultat zu bezeichnen. Zur Beruhigung muß es dienen, daß die Heeresreorganisation begonnen und in diesem Jahre fortgeführt werden konnte, ohne andere Mittel in Anspruch zu nehmen, als den Zuschlag von 25 Prozent. Es entspinnt sich nunmehr eine Debatte zwischen dem Finanzminister und den Abgg. v. Vincke, Osterrath, Reichensperger (Geldern) und Kühne (Berlin) über die Frage, welcher Kommission das Budget überwiesen werden solle, und das Haus entscheidet sich für den Antrag des Abg. v. Vincke, dahin gehend, daß zwar das Budget geschäftsordnungsmäßig der Budgetkommission überwiesen werden solle, daß sich aber das Haus vorbehält, einzelne Punkte in demselben anderen Kommissionen zu überweisen, wie z. B. bezüglich der Forterhebung des Zuschlages von 25 Prozent.

Finanzminister v. Patow fährt fort: Mittelst Allerhöchster Ermächtigung vom 20. Jan. bin ich beauftragt, drei Gesetzentwürfe vorzulegen; der erste betrifft die anderweitige Regulirung der Grundsteuer, der zweite die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, der dritte die Entschädigungen, welche für die Aufhebung den bisher von der Steuer befreiten Grundstücken gewährt werden sollen. Der Entwurf über die Gebäudesteuer schließt sich mit einigen unerheblichen Abänderungen den vorjährigen Beschlüssen des Hauses an. Die andern beiden Entwürfe haben eine Umgestaltung gegen voriges Jahr erfahren. Damals schlug die Regierung eine Grundsteuer von 8 Prozent des Reinertrages vor, dieses Jahr fordert sie gar keinen Prozentsatz, sie fixirt die Grundsteuersumme, und die gleichmäßige Vertheilung bleibt dann Rechnungssache. Die Regierung muß auf eine neue Einnahmequelle denken, um den auf die Dauer nicht zu rechtfertigenden Zuschlag beseitigen zu können. Die Grundsteuersumme ist auf 10 Mill. Thlr. festgestellt und die Regierung hofft nach Abzug der Entschädigungen auf eine reine Einnahme von 2,300,000 Thlr. Die Regierung will ferner die ganze Maaßregel sofort in ihrer ganzen Ausdehnung angreifen und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln rasch und kräftig durchführen. (Beifall.) Sie hat außerdem dem Hauptgesetze eine vollständige Instruktion zur Ausführung desselben beigefügt. Die Aufnahme des Landkatasters endlich soll unterbleiben, es soll jetzt nur der Reinertrag ermittelt und dann die Steuer für die Provinzen festgesetzt werden. Auch in dem Gesetz, die Entschädigungen betreffend, sind Veränderungen vorgenommen worden. (Von hier an ist der Finanzminister von der Journalistentribüne aus nicht mehr zu verstehen, wie wir überhaupt für die Richtigkeit der obenstehenden Zahlen nicht einstehen können.) Das Gesetz wird vorläufig der Finanzkommission übergeben, bis das Haus nach Einsicht des ihm übergebenen Materials weiteren Beschluß gefaßt haben wird. Der Minister der landwirthschaftl. Angelegenheiten, Graf Pückler, übergiebt einen Gesetzentwurf, betreffend die Ablösung der Reallasten in Neu-Vorpommern und Rügen.

Bei der hierauf folgenden Prüfung von Ersatzwahlen wird die Wahl des Hrn. v. Forster (?) beanstandet und um 4 Uhr die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Militärzeitung.

Preußen. [Vermischtes.] Sicherem Vernehmen nach haben das 2. Westpreußische Grenadierregiment (Nr. 7) und das 1. Rheinische Husarenregiment, ebenfalls Nr. 7, deren Chef bekanntlich König Wilhelm ist, jetzt beide als ehrenvolle Auszeichnung den Zusatz in der Benennung „Königsregiment" erhalten, wogegen das 1. Pommersche Grenadierregiment (Nr. 2), welches früher diese Bezeichnung führte, fortan „Regiment Sr. Majestät König Friedrich Wilhelm IV." genannt werden soll (s. Nr. 15). Dieses letzte Regiment stammt beiläufig noch aus dem Jahre 1677, das 2. Westpreußische dagegen ward erst 1797, und das 1. Rheinische Husarenregiment sogar erst 1815 errichtet. Den Stamm des letzteren bildeten damals eine hierzu abgegebene Schwadron des 1. Leibhusaren-Regiments und diejenigen beiden Schwadronen des schlesischen National-Kavallerieregiments, welche 1813 zu spät mit ihrer Formation zu Ende gekommen waren, um an den Feldzügen dieses und des folgenden Jahres noch Antheil nehmen zu können. Die vierte Schwadron wurde später aus dem Regimente selbst herausgebildet. Seltsam erscheint noch, daß gerade dieser Truppenkörper in seiner Uniformirung — schwarze Attila mit gelben Schnüren, rothe Kragen, Aufschläge und Schärpe, gelbe Knöpfe — allein in der gesammten preußischen Armee die deutschen Farben schwarz, roth, gelb resp. Gold, wiedergiebt. — Nachdem schon Mitte Dezembers v. J. eine Verstärkung der drei in Berlin garnisonirenden Handwerkskompagnien der Garde-, Pommerschen- und Märkischen-Artilleriebrigade um je 90 Kommandirte der Infanterie stattgefunden hatte, soll, wie verlautet, jetzt noch eine fernere Erweiterung dieser Kompagnien um je 30 Kommandirte der Infanterie verfügt worden sein. Diese Kompagnien sind zur Zeit vorzugsweise mit der Lafettirung der neuen gezogenen Festungsgeschütze beschäftigt, welche Arbeit möglichst gefördert werden soll und womit man in der Hauptsache bis zum künftigen Frühjahr fertig zu werden beabsichtigt. (S. Nr. 10.)

[Der französische „Moniteur" über die englischen Armstronggeschütze.] Der „Moniteur" bringt in einem ausgedehnten Artikel einen Vergleich zwischen den englischen Armstrong- und den französischen gezogenen Geschützen, wonach unbedingt diese letzteren vor jenen ersteren in jeder Beziehung einen unbestreitbaren Vorzug besitzen würden. Der Vorwurf, welcher in diesem Aufsatz vorzugsweise gegen die Armstrongkanone erhoben wird, ist der einer zu großen Komplizirtheit in allen Einzeltheilen, außerdem aber werden auch noch die unendlich größere Leichtigkeit der französischen gezogenen Geschütze bei der Bewegung gegen die Schwerfälligkeit jener Geschütze und der Umstand hervorgehoben, daß von dem Bleimantel, der die englischen Geschosse einhüllt, beim Durchzwängen durch das Rohr des Geschützes immer ein Theil zwischen den Zügen desselben sitzen bleibt, so daß bei jedem zehnten Schuß ungefähr das Rohr mit einer Art Kratzeisen gereinigt werden muß, was Alles bei dem französischen gezogenen Geschützsystem fortfällt. Ueber die verschiedene Beweglichkeit der beiden Geschützgattungen wird speziell aus dem letzten chinesischen Kriege noch angeführt: „Unsere (die französischen) Geschütze waren mit vier kleinen japanesischen Ponny's bespannt, welche überall ausreichten, obwohl das Terrain schlecht war und das Wasser gelegentlich unseren Leuten bis an den Hals reichte. (!?) Bei denselben Gelegenheiten konnten die englischen Geschütze, obwohl sie von acht Pferden, und zwar großen Pferden, gezogen wurden, weil sie bis an die Achsen in Koth steckten, nur mit Hülfe von Seilen und dadurch aus dem Sumpf herauskommen, daß die gesammte Bedienungsmannschaft mit anfaßte." Die Beurtheilung ist in dem angeführten Artikel zwar durchweg parteiisch und sind die Mängel der französischen Kanone überall verschwiegen worden, welche letzteren z. B. wegen der Verunreinigung des Rohrs durch den sich zwischen den Zügen festsetzenden Pulverschleim nach jedem dritten oder vierten Schuß naß ausgewischt werden müssen und sie deshalb gezwungen sind, als besonderen Ausrüstungsgegenstand stets einen gefüllten Wassereimer mit sich zu führen; allein die hervorgehobenen Mängel des Armstrongsystems haben auch und zwar im ver-

(Fortsetzung in der Beilage.)

stärkten Maaße von anderwärts und aus englischen Berichten selbst ihre Bestätigung gefunden. Namentlich ist in diesen Berichten noch über das Abspringen des Bleimantels der Geschosse mitten in der Flugbahn derselben geklagt worden, wodurch notorisch Leute in der eigenen englischen Plänklerlinie verletzt worden sind. Auch die große Schwerfälligkeit der Armstrongkanone beruht nach englischen Berichten selbst auf Thatsachen, und scheint hierin augenblicklich noch das französische Geschützsystem überhaupt einen Vorzug vor allen andern neuerdings eingeführten Systemen zu besitzen. Es geschieht wahrscheinlich mit aus diesem Grunde, daß gegenwärtig in Preußen neben den 6pfündigen noch leichte 4pfündige gezogene Geschütze eingeführt werden sollen. Das Abspringen des Bleimantels mitten in der Flugbahn der Geschosse ist übrigens sicherem Vernehmen nach auch schon bei den preußischen gezogenen Kanonen vorgekommen, weshalb die Bleihülle hier jetzt auch den Geschossen nicht mehr kalt aufgetragen, sondern aufgegossen wird. Gegen das französische System spricht übrigens zum auffälligsten, daß außer Sardinien, das seinestheils aber jetzt auch statt des französischen das Cavallisystem angenommen hat, kein Staat selbst nur auf eine ernste Prüfung desselben eingegangen ist. Die größere Leichtigkeit in der Bewegung wird sich schließlich am Ende doch als der einzige wirkliche Vorzug derselben bewahrheiten. —p.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Jan. [Die Preise der vier Hauptgetreidearten und der Kartoffeln] in den für die preußische Monarchie bedeutendsten Marktstädten im Monat Dezember 1860 werden nach einem monatlichen Durchschnitte in preuß. Sgr. und Scheffeln vom statistischen Büreau für folgende Städte der Provinz Posen nachstehend angegeben:

Namen der Städte.	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.
1) Posen	84 4/12	54 2/12	50 7/12	26 5/12	16 6/12
2) Bromberg	77 11/12	51	38 4/12	23	18 1/12
3) Krotoschin	85	60	47 6/12	30 10/12	19
4) Fraustadt	88	58 8/12	47 8/12	26 4/12	17
5) Gnesen	90 5/12	55 6/12	47 7/12	29	17 1/12
6) Rawicz	89 8/12	61 1/12	51 1/12	30 4/12	19 9/12
7) Lissa	89 1/12	58 9/12	51 11/12	30	19
8) Kempen	—	52 9/12	47 11/12	26 5/12	19 10/12
Durchschnittspreise der 13 preußischen Städte	83 2/12	48 6/12	40 10/12	24 4/12	22 3/12
„ 8 posenschen „	86 4/12	56 6/12	47 10/12	27 9/12	18 3/12
„ 5 brandenb. „	91 4/12	58 10/12	51 1/12	31 6/12	16 10/12
„ 5 pommersch. „	91 11/12	56 11/12	45 10/12	32 5/12	22 5/12
„ 12 schlesischen „	87	59 6/12	49 [illegible]/12	28 7/12	22 11/12
„ 8 sächsischen „	86 10/12	59 5/12	50	30 5/12	18 9/12
„ 13 westfäl. „	95 3/12	62 1/12	56 9/12	32 8/12	31 8/12
„ 16 rheinisch. „	99 11/12	69 4/12	58 2/12	33 1/12	36

Δ Posen, 22. Januar. [Eine Obertribunals-Entscheidung zum Sprachstreit.] In der Disziplinaruntersuchungssache wider einen Rechtsanwalt in Gnesen, welcher sich geweigert hatte, eine vor dem Schwurgerichte von ihm gehaltene polnische Vertheidigungsrede in der deutschen Landessprache wiederzugeben, hat das Obertribunal das freisprechende Urtheil des Disziplinargerichts in Bromberg aufgehoben und den Angeklagten wegen Verletzung seiner Amtspflichten einen Verweis ertheilt, auch die Kosten des Prozesses ihm auferlegt. In der Ausführung der Gründe wird u. A. nachgewiesen, daß die polnische Sprache in der Provinz Posen der deutschen keineswegs gleichberechtigt, sondern als eine fremde Sprache zu betrachten ist. Das Patent über die Wiederbesitznahme der Provinz Posen, welches gewöhnlich angeführt wird, um Behauptungen zu rechtfertigen, die bei konsequenter Festhaltung dahin führen, daß es jedem Einwohner der Provinz Posen nach seinem Gutdünken freistehe, heute deutsche, morgen polnische, übermorgen wieder deutsche Korrespondenz zu fordern, beweist nach der Rechtsausführung des Obertribunals vielmehr das Gegentheil. Aus den Worten: „Eure Sprache soll in allen amtlichen Verhandlungen neben der deutschen gebraucht werden", folge, daß die deutsche Sprache die erste Stelle einnehme, die polnische nach Bedürfniß angewendet werden solle, also nicht volle Gleichberechtigung stattfinde. Auch die Verordnung über die Justizverwaltung in der Provinz Posen vom 9. Februar 1817 bestimmt: „Beide Sprachen sind nach dem Bedürfnisse der Parteien die Geschäftssprache der Gerichte. Bei der Korrespondenz mit öffentlichen Behörden und ihren Berichten an vorgesetzte Kollegien bedienen sie sich der deutschen Sprache ausschließlich." Der ganze sogenannte Sprachstreit, der zu nichts führt, als hier und da zu unerquicklichen Reibungen und Weiterungen, und der dem Kredit und dem Wohlstande der Provinz bei Weitem mehr schadet, als diejenigen sich träumen lassen, die denselben begonnen haben und zu unterhalten trachten, beruht großentheils auf Mißverständnissen und irrigen Auslegungen einiger älterer Erlasse aus der patriarchalischen Regierungszeit. Wer aber die wohlbegründeten Rechte der deutschen Bevölkerung der Provinz ignoriren, über Mängel der Verwaltung, über nicht konsequente Handhabung der Gesetze urtheilen will, der sollte doch vor Allem sich mit der Geschichte dieses Landes seit den letzten 80 Jahren und mit der Verfassung und den Gesetzen Preußens bekannt machen. In einer kleinen polnischen Schrift, die unlängst unter dem Titel: „Sammlung der Gesetze, betr. die polnische Nationalität und Sprache im Großherzogthum Posen" hier erschien, findet sich ein recht auffallendes Beispiel, wie aus unrichtigen Auslegungen völlig falsche Folgerungen hergeleitet werden können, welche die öffentliche Meinung irre führen. Eine bekannte Stelle im Artikel 3 der Verträge vom 3. und 4. Mai 1815 lautet: „Den Polen, die beziehungsweise der kontrahirenden Theile Unterthanen werden, sollen Einrichtungen, welche die Erhaltung ihrer Nationalität sichern, nach den Formen bürgerlichen Daseins zu Theil werden, welche jede der Regierungen, denen sie angehören, ihnen zuzugestehen für angemessen erachten wird." Der anonyme Verfasser übersetzt diese Stelle dergestalt ins Polnische, daß sie ins Deutsche übertragen folgerdermaßen lautet: „Die Polenunterthanen Rußlands, Oestreichs und Preußens werden nationale Repräsentation und nationale Einrichtungen erhalten in der Form politischen Daseins, wie jede der drei Regierungen, unter welchen sie sich befinden, für nützlich und verständig erachten werden." Diese Uebersetzung enthält etwas ganz Anderes, als was der Artikel wirklich bestimmt, und während die Landestheile, aus denen die Provinz Posen gebildet ist, geschichtlich und staatsrechtlich seit 1772 und 1793 einen integrirenden Theil Preußens bilden, kann man auf diesem Wege willkürlicher Auslegung und Umänderung von Verträgen und Gesetzen allerdings dahin gelangen, Recht in Unrecht und das Oberste ins Unterste zu verkehren.

Δ Kröben, 21. Januar. [Einsturz eines Schornsteins.] Nach dem anhaltenden Frost trat am vergangenen Donnerstage mildere Witterung ein. In Folge des Thauwetters stürzte der Schornstein in dem von der hiesigen evang. Schulsozietät für den Lehrer und die Schule gemietheten Hause am Freitage theilweise ein. Man konnte das erwarten, weil der aus gebrannten Ziegeln bestehende Oberbau desselben nur auf Luftziegeln ruhte, welche allmälig durch die Nässe und durch die zu tragende Last zerbröckelt waren. Der stehen gebliebene Theil des Schornsteins ist nun niedergezogen worden, um Unglück zu verhüten. Die Schule wird so lange ausgesetzt, bis ohne Gefahr in den Stuben des erwähnten Hauses wieder geheizt werden kann, was jedoch schon in wenig Tagen geschehen dürfte, weil das Aufmauern eines neuen Schornsteins natürlich trotz des Winters heute begonnen hat.

ξ Bromberg, 21. Jan. [Schwurgericht; Sprachagitation; Vorschußverein; Spekulation; Kunstreitergesellschaft.] Am Sonnabend wurde die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode beendet, hatte also nur eine Woche hindurch gedauert. Im Ganzen kamen 15 Prozesse zur Verhandlung, darunter 9 wegen schweren Diebstahls resp. im Rückhalte und Hehlerei, 1 wegen Nothzucht, 3 wegen Unterschlagung resp. Urkundenfälschung, 1 wegen Körperverletzung mit tödtlichen Erfolgen und 1 wegen Meineides. Einiges Interesse bot am 18. d. die Untersuchungssache gegen den Knecht August Lenz aus Jagdschütz bei Bromberg wegen Körperverletzung. Am 2. November früh Morgens gerieth, wie damals berichtet, der Angekl. mit seinem Mitknechte Daniel Schmelter im Pferdestall in einen heftigen Wortwechsel. Es war so finster im Stalle, daß die Personen nur schwer erkannt werden konnten. Endlich ergriff L. eine Mistgabel und äußerte dabei: „Wenn ich nicht mehr bedächte, so nähme ich die Forke und stieße sie dir in den Leib." Plötzlich schrie Sch., man möge ihm helfen und ihm das Blut stillen. Es ergab sich, daß er eine heftig blutende Wunde im Gesichte hatte. Dieselbe drang nach dem ärztlichen Zeugniß bis auf den Knochen. Sch. wurde in das hiesige Stadtlazareth aufgenommen, starb jedoch schon nach wenigen Tagen. L. will den Sch. mit einem Stein geworfen haben. Das Verdikt der Geschworenen lautete auf schuldig der vorsätzlichen Mißhandlung, jedoch ohne tödtlichen Erfolg und unter Annahme mildernder Umstände. In Folge dessen verurtheilte ihn der Gerichtshof zu einer Geldbuße von 300 Thlrn. event. 9 Monaten Gefängniß. — Um namentlich den Agitationen der Polen, die vorläufig nur auf den Gebrauch ihrer Sprache im Verkehr mit Behörden 2c. gerichtet sind und sich in unserem Regierungsbezirke besonders in den Kreisen Inowraclaw, Mogilno, Schubin Wongrowitz und Gnesen kundgeben, entgegenzutreten, wird sich hier ein deutscher Nationalverein bilden. Zu dem Zwecke ist eine Generalversammlung auf den 25. d. anberaumt worden, die voraussichtlich sehr zahlreich besucht sein wird. Die Demonstrationen in Bezug auf die polnische Sprache erstrecken sich sogar auch auf kurze Quittungen, die bei preußischen Behörden selbstverständlich nur in deutscher Sprache angenommen werden dürfen. Ein katholischer Geistlicher M., welcher von der hiesigen Regierung einen Gehaltszuschuß von jährlich 75 Thlrn. empfängt und der bisher die Quittung bei der k. Reg. Hauptkasse stets in deutscher Sprache eingereicht hatte, gab Ende v. J. seine Quittung, wie ich erfahren, in polnischer Sprache ab, und weigerte sich auch, eine deutsche Quittung zu schreiben. Die Regierung zahlte natürlich den Gehaltszuschuß nicht, und der Fall soll dem Ministerium zur Entscheidung vorgelegt sein. (Einen ähnlichen Fall haben wir in Nr. 14 nach der „N. P. Z." mitgetheilt. D. R.) — Der hier seit etwa ½ Jahre bestehende Vorschußverein nach Schulz-Delitzschen Prinzipien hat bereits ein Kapital von ca. 250 Thlrn. erlangt, wovon 10 Mitglieder mit Summen von 10—30 Thlrn. Vorschüsse erhalten haben. Um das Unternehmen zu fördern, haben einige hiesige Kapitalisten ihren Beitritt erklärt. — In voriger Woche traf hier ein Handelsmann, angeblich von Berlin, und auf der Reise nach Rußland begriffen, ein, und verkaufte Leinwand und Gedecke, die aus einem Berliner aufgelösten Geschäft herrühren sollen, zu, wie es hieß, billigen Preisen. Man mußte aber, wollte man Leinwand, die wirklich halb verschenkt wurde, kaufen, stets ein Tischgedeck mitnehmen, welches dafür doppelt so theuer bezahlt wurde. Auf diese Weise wurde der Verlust bei der Leinwand stets gedeckt. Außerdem war die Bleiche schlecht und die Leinwand nicht reines Leinen. Obwohl nun bei den hiesigen Kaufleuten entschieden bessere und reellere Geschäfte gemacht werden können, haben es doch viele Frauen vorgezogen, sich von dem „billigen Fremden" hinter's Licht führen zu lassen. Der Händler soll hier in wenigen Tagen einen Umsatz von ca. 10,000 Thlrn. (?!) erzielt haben. — Seit vorgestern haben auch die öffentlichen Vergnügungen wieder begonnen. Die Kunstreitergesellschaft von L. Götze eröffnete in der k. Reitbahn einen Zyklus von Vorstellungen. Die Leistungen wurden von den zahlreichen Zuschauern mit vielem Applaus belohnt.

ρ Nakel, 21. Januar. [Menschenpocken; Stadtverordnete; Prozeß; Gericht.] Die seit einigen Monaten hier und in der Umgegend stark verbreiteten natürlichen Menschenpocken sind nun verschwunden; es sind wenigstens seit fast 14 Tagen keine neuen Erkrankungen vorgekommen. — Unser Stadtverordnetenkollegium, das seit mehreren Jahren nicht die volle Zahl seiner Mitglieder besaß, ist endlich vollzählig. Bei der letzten Ergänzungswahl waren sieben Stadtverordnete zu wählen; davon wurden drei neu- und vier wiedergewählt. Vorige Woche sind dieselben in ihr Amt eingeführt worden. — Der bereits besprochene Prozeß der Stadt mit dem Fiskus ist in erster Instanz für die erstere verloren gegangen. Er betrifft das auf ein altes Privilegium basirte Recht, bestimmte Quantitäten Bau- und Brennholz aus den königl. Forsten zu holen. Die katholische Kirche hat als oppidanus der Stadt Nakel in allen Instanzen das seit einer langen Reihe von Jahren außer Anwendung gekommene Recht erstritten und befindet sich seit zwei Jahren wieder im vollen Genuß desselben. Wir hoffen daher, daß in weiteren Instanzen die Entscheidung zu Gunsten der Stadt ausfallen wird. Die zu diesem Behufe aus Warschau eingeforderten Dokumente sind zum Theil eingetroffen. — Die seit fast zwölf Jahren schwebende Frage über die Organisation des hiesigen Gerichts hat noch ihre Erledigung nicht gefunden. Die Nothwendigkeit einer Erweiterung des Gerichts, bedingt durch die lebhaften Verkehrsverhältnisse, ist von allen Seiten anerkannt. Aber die Behörden wollten zu wenig gewähren im Verhältniß zu den großen Opfern, die sie von der Stadt beanspruchten. Letztere erklärte sich bereit, das Möglichste zu leisten, wenn es für mehr als für Errichtung einer zweiten Gerichtskommission geschähe. Abtrennung der nächstgelegenen Orte von unserem Gerichte zeigte sich als unzureichend. Die Richter waren mit Arbeiten übermäßig belastet und konnten sie bei größter Anstrengung nicht bewältigen. Die Stadt erklärte im vergangenen Sommer die geforderten Räumlichkeiten zu beschaffen sich bereit, und wurden dem damaligen Justizminister, der übrigens prinzipiell gegen jede Theilung der Kreisgerichte war, die betreffenden Zeichnungen eingesandt. Diese kamen vor Kurzem mit vielen Bemängelungen zurück. Die Stadt hat ihre Gegenvorstellung bereits wieder dem k. Gericht zu Bromberg zugehen lassen. Auch hat sich in voriger Woche ein großer Theil der achtbarsten hiesigen Bürger an den jetzigen Justizminister gewandt und unter Darlegung des Sachverhalts um eine solche Vergrößerung des hiesigen Gerichts gebeten, wie sie dem vorhandenen Bedürfnisse allein entsprechen könnte.

Angekommene Fremde.

Vom 21. Januar.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Conrad aus Barmen, Gumpert aus Glogau und Ehrenthal aus Neusalz, Fabrikant Heuseler aus Sprottau und Gutsb. Hoffmann aus Breslau.

HOTEL DE PARIS. Zimmermeister Schütt aus Czempin, Partikulier v. Polaski aus Solencin, Landwirth Thielmann aus Kosten, Domänenpächter Metzke aus Dziekanowice, Gutsverwalter Dauß aus Winnagóra, Bürger Petschke aus Konin, die Gutsb. Sypniewski aus Pietrowo und Seredyński aus Myszki.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Maas aus Mannheim und Müller aus Frankfurt a. M., Gutsb. v. Klaeden aus Chwałkowo, Administrator Zielsdorff aus Gościejewo und Wirthschafts-Inspektor Sanitz aus Dembnica.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Klotten aus Köln, Flatau aus Peysern und Lipschitz aus Gartz.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Daus aus Filehne, Wreschner aus Berlin, Silberstein aus Moschin, Pincus und Klopstock aus Janowiec, Wirthschafts-Inspektor Staskiewicz aus Nochowo, Oekonom Schacht aus Dittrichswalde, Gutsb. Heusler aus Bojanice, Oberinspektor Stegemann aus Groß-Rybno und Böttchermeister Bartlikowski aus Birnbaum.

ZUM LAMM. Oberamtmann Labecki aus Kempen.

Vom 22. Januar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Königl. Kammerherr Frhr. v. Winzingerode aus Adelsborn, Doktor Hartwig aus Birnbaum, Rentier Burghard und die Kaufleute Rösler und Voigtländer aus Breslau, Lewy aus Hamburg, Deckert und Kuhn aus Stettin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsb. v. Żychliński nebst Frau aus Węgierki und v. Morawski aus Piersko, Frau Rittergutsb. v. Baranowska aus Marszewo, Gerichts-Assessor Krüger aus Berlin, die Kaufleute Gäbert aus Guben, Brand aus Breslau und Bullenheimer aus Nürnberg.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Chłapowski aus Garzyn, v. Chłapowski aus Turwia und v. Szołdrski aus Deutsch-Poppen, Frau Rittergutsb. Gräfin Żółtowska aus Jarogniewice, Gutspächter v. Trampczyński aus Bielawy und Vorwerksbesitzer Schulz aus Piskernia.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Chevaux aus Lyon, Bösenroth und Badt aus Berlin, Probst Klupp aus Mogilno und Gutsb. Harnert aus Arnswalde.

BAZAR. Frau Gutsb. v. Ponińska aus Komornik, die Gutsb. v. Stablewski aus Zalesie, v. Małczewski aus Kruchowo und v. Kliński aus Ostrołęka.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsb. v. Radoński aus Bieganowo und v. Kościelski nebst Frau aus Brzoza, Rittergutsb. v. Moszczeński aus Zolendowo und Gutsverwalter v. Dzierzanowski aus Glinno.

HOTEL DE PARIS. Fräulein Piątkowska aus Winnagóra, Wundarzt Grabowski aus Schrimm, Probst Sikorski aus Ryczywół, die Gutsb. Sypniewski aus Pietrowo und Kirschenstein aus Kostrzyn.

DREI LILIEN. Kaufmann Derpa aus Rogasen und Kämmerer Więżewski aus Grätz.

PRIVAT-LOGIS. Gymnasiast Karn aus Ostrowo und Kaufmann Peyser aus Gnesen, Judenstraße Nr. 1.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Nothwendiger Verkauf.

Das im Großherzogthum **Posen**, Regierungsbezirk **Posen** und dessen **Schildberger** Kreise belegene freie Allodial-Rittergut **Slupia**, wozu
das Dorf **Kuznica slupska** mit einem herrschaftlichen Vorwerke, das Arbeitsdorf **Zmyslona**, das Vorwerk **Spiegel** mit dem Arbeitsdorf **Piaski**, das Vorwerk **Albertow** und die Pustkowie **Choyki** und **Lisiny**
als Pertinenzien gehören, abgeschätzt auf 136,666 Thlr. 26 Sgr. 11 Pf., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll
am 29. März 1861 Vormittags 9 Uhr
an ordentlicher Gerichtsstelle theilungshalber subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Kempen, den 19. Juli 1860.

Königl. Kreisgericht, I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Pleschen, Erste Abtheilung.

Pleschen, den 18. September 1860.

Das dem **Michael v. Gorzeński** gehörige adelige Rittergut **Witaszyce**, zu welchem die Vorwerke **Witaszyce**, **Słowikowo**, **Dębina**, auf welchem noch keine Gebäude vorhanden sind, und **Slupia** gehören, abgeschätzt auf 125,990 Thlr. 14 Sgr. 9 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll vor dem Herrn Kreisrichter **Noetel**
am 30. April 1861 Vormittags 11 Uhr
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Subhastationsgericht zu melden.

Bekanntmachung.

Der am 30. d. Mts. in der **F. Melzer**schen Subhastationssache, **Wronke** Nr. 72/251, anberaumte Bietungstermin wird aufgehoben.

Samter, den 16. Januar 1861.

Königliches Kreisgericht, I. Abtheilung.

Große Bau- und Nutzholzverkäufe.

Es sollen:

I. Dienstag den 29. Januar c. in **Mur. Goslin** und **Donnerstag den 31. Januar c.** zu **Rogasen** aus den nächsten Forstrevieren verschiedene geringe Brennhölzer, bestehend in Knüppel, Stubben und Reisig, und

II. Donnerstag den 14. Februar c. in **Mur. Goslin** aus sämmtlichen Revieren rechts der Warthe starke und lange Eichen- und Kiefern-Bauhölzer und Schneideenden, zum Export geeignet, Roth- und Weißbuchen-, Birken- und Erlen-Nutzenden und sonstige Stellmacherhölzer, auch Rund- und Spaltlatten; ferner am **Montag den 18. Februar c.** im Forsthause **Radzim**, aus dem Reviere **Maniewo**, Kiefern-Bauhölzer und Schneideenden und geringe Kiefern-Brennhölzer,
überall von 10 Uhr ab, gegen gleich baare Bezahlung im Wege des Meistgebots verkauft werden.

Oberförsterei **Eckstelle**, den 4. Januar 1861.

Der königliche Oberförster **Stahr**.

Möbel-, Kleider- und Cigarren-Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts hier werde ich **Mittwoch den 23. Januar c.** Vormittags von 9 Uhr ab in dem **Auktionslokal Magazinstraße Nr. 1**
Mahagoni- und Birken-Möbel 2c.,
als: Kleiderspind, Kommode, Spiegel, Stühle, Komptoir-Schreibepult, Waaren-Repositorien, Lampen, **einen weißen Fuchspelz** mit seid. Bezug, werthvollem Futter, neue Militärpaletots, Ueberzieher und Steppröcke, **eine goldene Cylinderuhr mit Kette**, eine silberne Uhr, Wirthschaftsgeräthe und **eine Partie Cigarren**,
öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Zobel, gerichtlicher Auktionator.

Eine herrschaftliche Windmühle nebst Wohnhaus, Stallung und etwas Land, wird zu pachten gesucht. Näheres franco poste rest. unter der Chiffre **C. S.** zu **Pleschen**.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich

Helene Katz — Neuman Davies.

Wongrowitz.

Statt besonderer Meldung.

Es hat dem Herrn gefallen, unser gutes Lieschen heute Morgen ½2 Uhr zu einem besseren Jenseits zu sich zu rufen. Tiefbetrübt zeigen wir dieses Verwandten und Bekannten, um stille Theilnahme bittend, ergebenst an.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 23. d., Nachmittags 2 Uhr, statt.

Posen, den 21. Januar 1861.

C. Seidemann und Frau.

Stadttheater.

Dienstag, zum Erstenmal: **Kieselack und seine Nichte vom Ballet.** Große Posse mit Gesang in 4 Akten und 10 Bildern von Weihrauch. Die Musik von Conradi.

Die vorkommenden neuen Dekorationen: 1) Die Luckenwalder Eisenbahn, 2) das Hoftheater in Ritz-Ratz, 3) Festlich illuminirter Garten sind von Herrn Prewitz gemalt.

Zwischen dem 2. und 3, wie zwischen dem 3. und 4. Akte findet des großen Umbaues wegen eine größere Pause statt.

Donnerstag, zum Zweitenmal: **Kieselack und seine Nichte vom Ballet.**

Eingesandt.

Vom Theater.

Am Sonntage konnte die Vorstellung der großen ernsten Oper Tannhäuser von Wagner (diese Worte standen auf den Theaterzetteln, als wenn die Posener die Oper noch gar nicht kennten!) statt um 7 erst um 8 Uhr eingetretener Hindernisse wegen beginnen, und das Publikum mußte umsonst oder für sein Geld eine Stunde warten. Waren denn die Hindernisse nicht vor Anfang des Theaters zu beseitigen? — Heute, am Geburtstage des großen, berühmten Lessing, giebt man im Theater die erste Aufführung einer ganz ordinären Posse (während die tiefe Landestrauer noch fortdauert), nämlich: Kieselack und seine Nichte vom Ballet. Angemessener wäre es ganz gewiß gewesen, wenn man Lessing's schönes Schauspiel: Nathan der Weise, heute gegeben hätte.

Mehrere wohlmeinende Theaterfreunde.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 22. Jan. 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	85½	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „	101	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	104¼	—	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	115¼	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	100¼	—
„ 3½ „ „	—	92½	—
„ 4 „ neue „	—	—	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	—	—	—
Poln. 4 „ „	86½	—	—
Posener Rentenbriefe	91½	—	—
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	90½	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	—	98	—
„ Provinzial-Bankaktien	—	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St.Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St.Aktien Lit.A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit.E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	87⅛	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen wenig verändert, pr. Jan. 43¾ bz., Jan.-Febr. 43¾ bz., Febr. 43⅞ bz., März 44⅛ bz., Frühjahr 44½—5/12 bz. u. Br., ¼ Gd., April-Mai 44¼ bez. u. Br., Mai-Juni 45⅛—44⅞ bz.

Spiritus ferner nachgebend, mit Faß pr. Jan. 19⅞ Br., Febr. 20 bz. u. Br., 19 11/12 Gd., März 20⅛—⅙ bz., April 20⅜ bz., April-Mai 20½ bz. u. Br.

Die Marktkommission bringt in dem Posener Marktbericht vom 21. Januar c. die Notiz — Roggen, schwerer Sorte, pro Scheffel 1 Thlr. 23 Sgr. 9 Pf. — 1 Thlr. 25 Sgr. Ich erlaube mir zu bemerken, daß der höchste Preis 1 Thlr. 27 Sgr. 7⅕ Pf. gewesen.

Dom. Gołęcin, den 22. Jan. 1861.

Beuther.

Thermometer- und Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen vom 14. bis 20. Jan. 1861.

Tag.	Thermometerstand. tiefster	Thermometerstand. höchster	Barometerstand.	Wind.
14. Jan.	—16,3°	—10,7°	27 Z. 11,4 L.	N.
15. „	—20,0°	—12,0°	28 „ 2,3 „	NW.
16. „	—11,0°	— 6,0°	27 „ 7,5 „	NW.
17. „	— 5,0°	— 3,2°	27 „ 9,0 „	NW.
18. „	— 4,5°	— 2,8°	28 „ 1,0 „	NW.
19. „	— 5,0°	— 3,6°	27 „ 11,7 „	W.
20. „	— 7,2°	— 0,0°	27 „ 9,8 „	N.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 21. Jan. Vorm. 8 Uhr 3 Fuß — Zoll.
„ 22. „ „ „ 2 „ 10 „

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Jan. Wind: Nord. Barometer: 28⁴. Thermometer: früh 10° —. Witterung: schneeig.

Weizen loko 74 a 84 Rt.

Roggen loko 49½ a 50¼ Rt., p. Jan. 49½ a 49⅛ a 49½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Jan.-Febr. 49¼ a 49⅛ a 49½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Febr.-März 49¼ a 49⅛ a 49½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Frühj. 48¾ a 48⅞ a 48⅞ Rt. bz. u. Gd., 49 Br., p. Mai-Juni 48⅞ a 48⅞ a 49 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juli 49⅞ Rt. bz.

Große Gerste 42 a 48 Rt.

Hafer loko 26 a 29 Rt., p. Jan. 27 Rt., p. Frühjahr 27¼ Rt. bz., p. Mai-Juni 27½ Rt. bz. u. Gd.

Rüböl loko 11⅜ a 11 5/12 Rt. bz., flüssiges 11 7/12 a 11⅜ Rt. bz., p. Jan. 11 5/12 a 11⅜ Rt. bz. u. Gd., 11 5/12 Br., p. Jan.-Febr. 11 5/12 a 11⅜ Rt. bz. u. Gd., 11 5/12 Br, p. Febr.-März 11 5/12 a 11⅜ Rt. bz. u. Gd., 11 5/12 Br., p. März-April 11 5/12 a 11⅜ Rt. bz. u. Gd., 11 5/12 Br., p. April-Mai 11½ a 11 5/12 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 11 7/12 Rt. bz. u. Br., 11½ Gd., p. Sept.-Okt. 12 Rt. bz., Br. u. Gd.

Spiritus loko ohne Faß 20⅞ a 20⅝ Rt. bz., p. Jan. 21⅛ a 21 Rt. bz. u. Gd., 21 1/12 Br., p. Jan.-Febr. 21⅛ a 21 Rt. bz. u. Gd., 21 1/12 Br., p. Febr.-März 21⅛ a 21 Rt. bz. u. Gd., 21⅙ Br., p. April-Mai 21 5/12 a 21⅓ Rt. bz. u. Gd., 21⅜ Br., p. Mai-Juni 21 7/12 Rt. bz. u. Br., 21½ Gd., p. Juni 22¼ Rt. bz., p. Juni-Juli 21⅞ a 21¾ Rt. bz. u. Gd., 21⅞ Br., p. Aug. 22¼ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5½ a 5⅞, 0. u. 1. 5 a 5½ Rt. Roggenmehl 0. 3⅝ a 3 11/12, 0. u. 1. 3⅓ a 3⅝ Rt. p. Ztr. unversteuert. (B. u. H. Z.)

Stettin, 21. Jan. Vorgestern trat Thauwetter bei Westwind ein, seit gestern Abend haben wir aber wieder scharfen Frost.

Weizen loko p. 85pfd. gelber nach Qualität 75—83½ Rt. bz., 85pfd. gelber p. Frühjahr 84, 83¾ Rt. bz., 84 Gd., 83/85pfd. 81¼, ½ Rt. bz., Br. u. Gd., 84/85pfd. Sonnabend noch 82½ Rt. bz.

Roggen loko p. 77pfd. 46 Rt. bz., 77pfd. p. Jan.-Febr. 46½ Rt. Br., 46 Gd., p. Frühjahr 46½ Rt. bz. u. Br., p. Mai-Juni 47 Rt. Br., 46¾ Gd.

Gerste ohne Handel.

Hafer loko p. 50pfd. 27 Rt. bz., p. Frühj. 47/50pfd. 29½ Rt. bz.

Rüböl loko 11⅛, 1/24 Rt. bz., p. Febr.-März 11⅓ Rt. Br. u. Gd., p. April-Mai 11½ Rt. bz. u. Gd., 5/12 Br.

Spiritus loko ohne Faß 20¼ Rt. bz., p. Jan.-Febr. 20¼ Rt. Gd., p. Febr.-März 20 7/12 Rt. Br., p. Frühj. 21 Rt. Gd. (Ostſ. Ztg.)

Breslau, 21. Jan. Witterung: Wieder etwas kälter, früh 8°.

Weißer Weizen 80—85—90—94 Sgr., gelber 81—85—88—90 Sgr.

Roggen, 61—62—63 Sgr.

Gerste, gelbe 45—52 Sgr., weiße 55—60 Sgr.

Hafer, 29—31—34 Sgr.

Erbsen, 55—60—68 Sgr.

Oelsaaten. Winterraps 95—97—98 Sgr., Sommerrübsen 63—72—80 Sgr.

Rother ord. Kleesamen 12—13 Rt., mittler 13½—14½ Rt., feiner und hochfeiner 15—16½ Rt., weißer ord. 10—12 Rt., mittler 13—15 Rt., feinmittler 15½—17 Rt., feiner 17½—19 Rt., hochfeiner bis 22½ Rt.

Thymothe 9½—10—11 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 20½ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Jan., Jan.-Febr. u. Febr.-März 49½ Br., März-April 49¾ Br., April-Mai 50 Br., Mai-Juni 50½ bz.

Rüböl loko, p. Jan. u. Jan.-Febr. 11½ Br., Febr.-März 11½ bz. u. Br., März-April 11½ Br., April-Mai 11⅔ bz. u. Br.

Spiritus loko 20 5/12 Gd., p. Jan. u. Jan.-Febr. 20½ Br., 20⅓ Gd., Febr.-März 20 5/12 bz. u. Br., März-April 20⅝ bz. u. Br., April-Mai 21 Br. u. Gd. (Br. Hdlsbl.)

Hopfen.

Poperinghe, 18. Jan. Hopfen 350 Fr. pr. 50 Kil. In letzter Woche sind von hier und Umgegend nach England 30,000 Kil. Hopfen expedirt.

Wollbericht.

London, 17. Jan. Die Inhaber von Wolle, während die Konsumenten von den Verhältnissen zu profitiren suchen, drängen sich keineswegs zum Verkaufe, denn die Vorräthe sind sehr gering und werden bis zur neuen Schur kaum ausreichen, so daß das Wenige, was Hände wechselt, feste und ungeschmälerte Preise bedingt.

Telegraphischer Börsenbericht.

Liverpool, 21. Jan. Baumwolle: 20,000 Ballen Umsatz. Preise ⅛ höher.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 21. Jan. 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	73½ B
Aachen-Mastricht	4	16¼ B
Amsterd. Rotterd.	4	74 Post bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	82 bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	106½-¾ bz
Berlin-Hamburg	4	107 G
Berl. Potsd. Magd.	4	127 G
Berlin-Stettin	4	99¾ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	80 B
Brieg-Neiße	4	48 B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	123 G
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	33½ B
do. Stamm-Pr.	4½	70 bz
do. do.	4	80¼ B
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	125 bz
Magdeb. Halberst.	4	186½ bz
Magdeb. Wittenb.	4	31 B
Mainz-Ludwigsh.	4	94 bz
Mecklenburger	4	42⅝ bz
Münster-Hammer	4	91½ G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	93 B
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	41½-⅝ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	118-½ bz
do. Litt. B.	3½	106½ G
Oest. Franz. Staat.	5	123½-23 bz
Oppeln-Tarnowitz	4	27½ G
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	47¼ bz
Rheinische,	4	74 bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	25 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	75 B
Stargard-Posen	3½	81½ bz
Thüringer	4	97½ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115½ B
Berl. Handels-Ges.	4	77 G
Braunschw. Bk. A.	4	61 G
Bremer do.	4	95¾ bz
Coburg. Kredit-do.	4	36 G
Danzig. Priv. Bk.	4	83 B
Darmstädter abgst.	4	65½ bz u G
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	92½ G
Dessauer Kredit-do.	4	10⅞ bz
Dessauer Landesbk.	4	15 bz u G
Disk. Comm. Anth.	4	74½-75 bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	19 G
Geraer do.	4	67 G
Gothaer Priv. do.	4	65 G
Hannoversche do.	4	90 B
Königsb. Priv. do.	4	80½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	57⅝ bz u G
Luxemburger do.	4	78 G
Magdeb. Priv. do.	4	77¼ B
Meining. Kred. do.	4	62 bz
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	77¼ G
Oestr. Kredit- do.	5	51¼-50¾ bz
Pomm. Ritt. do.	4	56½ G
Posener Prov. Bank	4	77 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	124 bz
Rostocker Bank Akt.	4	103 etw B
Schles. Bank Verein	4	75 G
Thüring. Bank-Akt.	4	48½ G
Vereinsbank, Hamb.	4	97½ G
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	69¾ bz

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	91 G
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	— —
Hörder Hüttenv. Ak.	5	60 etw bz
Minerva, Bergw. A.	5	18½ bz u G
Neustädt. Hüttenv. A	5	2¼ G p. St.
Concordia	4	— — [fco. Zins.
Magdeb. Feuervers. A	4	350 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	81 G
do. II. Em.	4	80 G
do. III. Em.	4½	85 B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	102½ B
do. II. Ser.	5	102 B IV. 99½ B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	74½ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	84½ G
do. II. Em.	5	101 B
do. III. S. (D. Soest)	4	83½ B
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	96½ B
do.	4½	99¾ bz
Berlin-Hamburg	4½	103 G
do. II. Em.	4½	102½ B
Berl. Pots. Mg. A.	4	93¼ B
do. Litt. C.	4½	99¾ B
do. Litt. D.	4½	99 B
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	85¼ B
do. III. Em.	4	85 B
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	100¾ B
do. II. Em.	5	102½ bz
Cöln-Minden	4	87 bz
do. III. Em.	4	83 G
do.	4½	91½ B
do. IV. Em.	4	81 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	91¾ G
Niederschles. Märk.	4	92⅞ bz
do. conv.	4	92¼ bz
do. conv. III. Ser.	4	87½ bz
do. IV. Ser.	5	102¼ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	100½ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	79½ B, C. —
do. Litt. D.	4	85 bz
do. Litt. E.	3½	73½ bz
do. Litt. F.	4½	93⅛ B
Oestreich. Französ.	3	246 u 47 etw bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	II. — —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Rheinische Pr. Obl.	4½	87¾ bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	94 B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	80 G
do. III. Ser.	4½	— —
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	101 G
do. III. Ser.	4½	99¾ B
do. IV. Ser.	4½	98¾ B

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	100 bz
Staats Anl. 1859	5	104 B
do.	4½	100 B
do. 1856	4½	100 B
do. 1853	4	95½ B
N. Präm St A 1855	3½	115⅛ bz
Staats-Schuldsch.	3½	85¼ bz u G
Kur- u Neum. Schldv	3½	84½ bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	100¼ G
do. do.	3½	82 G
Berl. Börsenh. Obl.	5	102¾ B
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	89¾ bz
do.	4	99 bz
Ostpreußische	3½	82½ G
do.	4	91¾ B
Pommersche	3½	87¾ B
do. neue	4½	95¾ bz
Posensche	4	100⅛ bz
do.	3½	92¾ bz
do. neue	4	88¼ bz
Schlesische	3½	88 G
V. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	82⅜ bz
do.	4	91¾ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95⅝ G
Pommersche	4	95¼ bz
Posensche	4	91¼ bz
Preußische	4	94 B
Rhein- u. Westf.	4	95½ G
Sächsische	4	95⅝ G
Schlesische	4	93¾ B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	41½ bz
do. National-Anl.	5	48⅝-½ bz u B
do. 250fl. Präm. O.	4	52½ G
do. neue 100fl. Loose	—	48 bz
Russisch-Polnische: 5. Stieglitz-Anl.	5	87¼ G
6. do.	5	99½ bz
Englische Anl.	5	101⅛ G 4½%
R. Russ. Egl. Anl.	3	59¾ B [89½ G
Poln. Schatz-O.	4	80¼ bz u G
Cert. A. 300 Fl.	5	93¼ G
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in S R.	4	86½ 86 Ed bz
Part. O. 500 Fl.	4	91 B
Oestr. 5proz. Loose	5	53⅞ bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	88 B
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	44 etw bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	29¾ G
Dessau. Präm. Anl.	3½	92 etw bz u B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113¼ bz
Gold-Kronen	—	9. 4 G
Louisd'or	—	109¼ bz
Sovereigns	—	6. 19½ G
Napoleonsd'or	—	5. 9 bz u G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	455¼ bz
Dollars	—	1. 11 G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz
Fremde kleine	—	99¼ G
Oestr. Banknoten	—	65⅞ bz u B
Poln. Bankbillet	—	87⅝-½ bz u G

Wechsel-Kurse vom 19. Jan.

Amsterd. 250 fl. kurz	3	141⅝ bz
do. 2 M.	3	140⅞ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150½ bz
do. do. 2 M.	2½	149¾ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 17⅞ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	78 11/12 bz
Wien öst. W. 8 T.	—	65¼ bz
do. do. 2 M.	6	64⅝ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅞ bz
do. do. 2 M.	4	99¼ G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	97½ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	108¾ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	87¼ G
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Die Haltung der heutigen Börse war fest.

Breslau, 21. Jan. Die Börse war in fester Haltung, von welcher besonders östr. Kreditaktien profitirten, welche von 51 bis 51½ bezahlt worden sind.

Schlußkurse. Oestreich. Kredit-Bank-Aktien 51-51¼ bz. Schlesischer Bankverein 75 Gd. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 80½ Gd. dito Prior. Oblig. 85½ Br. dito Prior. Oblig. 92¾ Br. Köln-Mindener Priorit. —. Neisse-Brieger 48¼ Br. Oberschlesische Lit. A. und C. 117¾ Gd. dito Lit. B. 108½ Br. dito Prior. Oblig. 86½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 93¼ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 74¼ Br. Oppeln-Tarnowitzer 28 Br. Kosel-Oderberger 32½ Gd. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

London, Montag, 31. Jan., Nachmittags 3 Uhr.

Konsols 91⅛. 1proz. Spanier 40½. Mexikaner 21⅛. Sardinier 81½. 5proz. Russen 103. 4½proz. Russen 92.

Der Dampfer „Canada" ist aus Newyork eingetroffen.

Amsterdam, Montag, 21. Jan., Nachmittags 4 Uhr. Der Kurs der 3% Rente aus Paris von Mittags 1 Uhr war 67, 20, der des Credit mobilier 650, der der östr. Staatseisenbahn 464 gemeldet.

5proz. östr. Nat. Anl. 45⅞. 5% Metalliques Lit. B. 61⅛. 5proz. Metalliques 38 15/16. 2½proz. Metalliques 21⅛. 1proz. Spanier 40½. 3proz. Spanier 47⅞. 5proz. Russen 83. 5proz. Stieglitz de 1855 94 3/16. Mexikaner 20 11/16. Wiener Wechsel, kurz 75. Hamburger Wechsel 35 7/16. Holländ. Integrale 63½.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.